

Eine uneheliche Mutter im Spannungsfeld zwischen Vaterschaftsfeststellung und -aberkennung 1952-1964

Case Study am Beispiel einer Mündelakte der BH
St. Pölten

Mona Susanne Unterberger
Matr.Nr.: 01609542

Bachelorarbeit

Eingereicht zur Erlangung des Grades
Bachelor of Arts in Social Sciences
an der Fachhochschule St. Pölten

Datum: 21.04. 2024
Version: 1

Begutachterinnen: Mag. Dr. Anne Unterwurzacher
Nadjeschda Stoffers, BA BA MA

Abstract

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit der Forschungsfrage, welchen Umgang eine uneheliche Mutter in den 1950er und 1960er Jahren während eines Vaterschaftsaberkennungsprozesses erleben musste. Die Ergebnisse dieser Case Study werden anhand der Untersuchung einer Mündelakte aus dem niederösterreichischen Landesarchiv sequenzanalytisch gewonnen. Dabei wird aufgezeigt, wie sehr die damalige Zeit von festgeschriebenen Rollenbildern und konstruierten Wirklichkeiten beeinflusst war und in welchem Ausmaß uneheliche Mütter dahingehend degradiert und abgewertet wurden. Für die Soziale Arbeit leistet diese Untersuchung und Aktenanalyse einen Beitrag zur Aufklärungsarbeit, indem von der Vergangenheit gelernt werden kann.

This thesis deals with the research question of how an unmarried mother had to deal with a paternity acknowledgment process in the 1950s and 1960s. The results of this case study are obtained by means of a sequential analysis of a wardship file, called "Mündelakte", from the Lower Austrian Provincial Archives. It shows the extent to which the time was influenced by fixed role models and constructed realities and the extent to which illegitimate mothers were degraded and devalued as a result. For social work, this investigation and file analysis makes a contribution to educational work by allowing us to learn from the past.

Widmung

Den Titel dieser Arbeit verdanke ich meinem sehr geschätzten Kollegen Jörg Pfannhauser, der dieses Jahr unerwartet und viel zu früh gestorben ist. Mit seinem Optimismus, offenen Zugang und kritischen Blick hat er unser aller Studienzeit bereichert.

Danke Jörg, dass wir so viel mit und von dir lernen durften.
Einen Teil unserer Arbeiten schreiben wir für dich mit.

Inhalt

1	Einleitung	5
2	Begriffsdefinitionen	7
2.1	Vormundschaft	7
2.2	Fürsorgerin	7
2.3	Mündel	7
2.4	Mündelakte	7
3	Geschichtlicher Hintergrund	8
3.1	Ehe und Familie	8
3.2	Gesetzliche Entwicklung in Österreich	8
4	Forschungsstand und Forschungsfrage	11
4.1	Stand der Forschung	11
4.2	Forschungsfrage	12
5	Forschungsdesign	13
5.1	Quellenzugang	13
5.2	Mündelakte als Quelle	14
5.3	Analysemethode	14
5.4	Zitation	16
5.5	Datenschutz	16
6	Forschungsergebnisse	17
6.1	Erläuterung der Materialauswahl	17
6.2	Explorativer und beschreibender Zugang	17
6.3	Kontextualisierung und Quellenkritik	18
6.4	Vertiefende Aktenanalyse	24
6.4.1	„KM hat nicht den besten Ruf.“ – die Zeit vor der Vaterschaftsaberkennung	24
6.4.2	„Km wirkt debil“ – die Zeit während der Neudurchführung des Prozesses	28
6.4.3	„KM ist vollkommen asozial“ – die Zeit nach der Vaterschaftsaberkennung	31
7	Resümee und Ausblick	35
	Literatur	37
	Daten	40
	Abkürzungen	42
	Anhang – Kodierungstabelle (Ausschnitt)	43
	Eidesstattliche Erklärung	44

1 Einleitung

„Den sittlichen Gedanken von der Ehe und Familie muß [sic!] das Gesetz schützen.“¹

Dies schrieb die ehemalige Gemeinderätin der Stadt Wien Alma Motzko (vgl. BiografiA o.A.) in der *Wiener Neustädter Zeitung* am 29. März 1952. In ihrem Artikel sprach sie sich gegen die damaligen Forderungen der Sozialist:innen in Österreich aus, unehelichen Kindern dieselben Rechte anzuerkennen wie ehelichen.² Lange Zeit wurde unverheirateten Müttern Unsittlichkeit und unmoralisches Verhalten vorgeworfen, was auch große Auswirkung auf deren uneheliche Kinder hatte (vgl. Bechter et al. 2013:137). Die Ehe wurde als Notwendigkeit für die Gewährleistung des Kinderschutzes erachtet. Diese verbreitete Wertvorstellung, wie ein geordnetes Familienleben auszusehen habe, beeinflusste die österreichische Gesetzeslage. Bis 1989 wurde unehelichen Müttern nach der Geburt ihres Kindes nicht die Obsorge, damals Vormundschaft, zugesprochen, sondern der Bezirksverwaltungsbehörde (vgl. Graf 2019:71). Diese hatte durch Fürsorgerinnen³ (ausführlicher zur Begriffsdefinition Fürsorgerin siehe 2.2) eine Kontrollinstanz inne (vgl. ebd.:4), welche sich mittels regelmäßiger, protokollierter Hausbesuche unehelicher Familien gestaltete. Ralser et al. (2015) zitieren in ihrem Text „Zum System der Fürsorgeerziehung“, in welchem die Jugendfürsorge in Tirol und Vorarlberg näher untersucht wird, unter anderem einen solchen Dokumentationseintrag:

„Sie [die Mutter] jammerte über die Entwicklung, die [Amalia] nimmt und beschuldigte unentwegt die Pflegeeltern. Dass sie selbst etwa [Amalia] dadurch gefährdet haben könnte, dass sie das Kind ohne Schutz der Ehe in die Welt setzte, will sie natürlich nicht gelten lassen.“ (ebd.:198)

Verschriftlichungen wie diese finden sich in mehreren Forschungsarbeiten zu Fürsorgesystemen in Österreich und Deutschland. Im Rahmen meiner Bachelorprojektgruppe des Studiengangs Soziale Arbeit an der Fachhochschule St. Pölten bekam ich die Möglichkeit, das Niederösterreichische Landesarchiv (NÖLA) zu besuchen und Einblicke in Mündelakten der Regionen St. Pölten Land und Amstetten zu erhalten. Diese Akten stellen eine Sammlung von Dokumenten zu unehelichen Kindern dar (ausführlicher zur Quellensorte Mündelakte siehe 2.4). Während meiner Recherche stieß ich auf zahlreiche Einträge wie jene oben zitierte. Dadurch bekam ich zunehmend den Eindruck, dass uneheliche Mütter sowohl von Fürsorgerinnen in Anbetracht ihrer Dokumentationen als auch von gerichtlichen Instanzen in ihrem Ansehen unterminiert und stigmatisiert wurden. Dies erweckte die Annahme, dass sich damalige Verhaltensnormen, Handlungsmuster und Wertvorstellungen anhand der schriftsprachlichen Ausdrucksformen der vorgefundenen Dokumente rekonstruieren lassen. Mein Fokus fiel im Rahmen dessen vor allem auf eine Mündelakte aus dem Jahr 1952, welche den langjährigen Konflikt einer unehelichen Vaterschaftsfeststellung dokumentiert.

¹ Motzko 1952:3.

² Vgl. ebd.:3.

³ In der gesamten Arbeit wird bewusst die feminine Form verwendet, da keine Belege eines männlichen Fürsorgers aus dieser Zeit ausgemacht werden konnten.

Die Untersuchung einer einzelnen Mündelakte mit dem Fokus auf die Zuschreibungen und den Umgang mit der unehelichen Mutter erscheint von großer Relevanz. So kann anhand einer Fallgeschichte und deren Analyse greifbar gemacht werden, wie es unverheirateten Müttern in den 1950er und 1960er Jahren ergehen konnte. Von besonderer Wichtigkeit zeugt hierbei der gesetzliche Rahmen dieser Zeit sowie die überwiegend vertretenen und gelebten Verhaltensnormen der Nachkriegsgesellschaft.

Ziel dieser Arbeit ist es, anhand der vorliegenden Case Study aufzuzeigen, welche diskriminierenden Umgangsformen, gesetzlichen Handlungsmaßnahmen und gesellschaftlichen Degradierungen uneheliche Mütter der Nachkriegszeit ausgesetzt sein konnten. Für die Soziale Arbeit ist diese Untersuchung dahingehend bedeutsam, dass sich bestehende Handlungsmuster der heutigen Kinder- und Jugendhilfe vor allem dann weiterentwickeln können, wenn ein Bewusstsein für die Vergangenheit geschaffen wird. Es ist wichtig, zu erkennen, welche Auswirkungen das Handeln von damals auf betroffene Personen hatte, um jenes Handeln von heute bewusst reflektieren und evaluieren zu können.

Der Aufbau der vorliegenden Arbeit gestaltet sich wie folgt:

Zu Beginn wird anhand von Definitionen wesentlicher Begriffe ein Sprachverständnis für die weiterfolgende Arbeit geschaffen. Anschließend bildet der geschichtliche Hintergrund den Kontext des Untersuchungszeitraums ab, wobei der Fokus vor allem auf der Gesetzeslage im Zusammenhang mit Familie und Unehelichkeit liegt. Nachdem die historische Basis für ein erstes Verständnis der damaligen Zeit gesorgt hat, wird der aktuelle Stand der Forschung zur untersuchten Thematik veranschaulicht. Dem folgen die im Rahmen der Bachelorarbeit entwickelte Forschungsfrage sowie deren Subforschungsfragen. Im Kapitel des Forschungsdesigns wird auf die Erhebungs- und Analysemethoden eingegangen sowie der Umgang mit Quelleninhalten und Datenschutz angeführt. Im Anschluss erfolgt die Verschriftlichung der Forschungsergebnisse mit Einbezug herangezogener Literatur. Die Arbeit schließt mit einem Fazit zu den analysierten Erkenntnissen sowie einem Ausblick auf weitere Forschungsbedarfe.

2 Begriffsdefinitionen

In diesem Kapitel werden für die Arbeit relevante Begriffsdefinitionen sowie der geschichtliche Hintergrund zur untersuchten Thematik angeführt.

2.1 Vormundschaft

Der Begriff Vormundschaft ist heute besser bekannt unter der Bezeichnung *Obsorge*. Obsorge umfasst die drei Bereiche Pflege und Erziehung, gesetzliche Vertretung und Vermögensverwaltung eines minderjährigen Kindes (vgl. Österreichs Digitales Amt 2023).

2.2 Fürsorgerin

Bereits im Jahre 1912 war es die Aufgabe von sogenannten Säuglingspflegerinnen, unehelich geborene Kinder in den ersten zwei Lebensjahren in regelmäßigen Abständen zu besuchen und die Pflege der Mutter zu prüfen (vgl. Wien Geschichte Wiki 2021). In demselben Jahr gründete Ilse Arlt in Wien eine der frühesten Fürsorgeschulen weltweit (vgl. ebd.). Daraufhin wurden weitere Schulen und Organisationen ins Leben gerufen, bis es im Jahre 1917 durch Julius Tandler zur gesetzlichen Berufsverankerung der sozialen Fürsorge kam (vgl. ebd.). Die Aufgabe bestand vor allem in der Aufsicht und Überprüfung unehelicher Kinder sowie jener, die von der Hebamme gemeldet wurden (vgl. ebd.). 1921 wurde die Schulfürsorge einberufen, wodurch eine Zusammenarbeit mit Lehrpersonen entstand und zum Teil Hausbesuche gemacht wurden, um einzelnen Müttern in Erziehung und Pflege Unterstützung zu bieten (vgl. ebd.). Im Zuge des Zweiten Weltkrieges wurden Fürsorgerinnen zu „reinen „Kontroll- und Vollzugsorganen des Staates“ (ebd.), welche unter der Bezeichnung der „Volkspflegerinnen“ mit der Einhaltung der nationalsozialistischen Werte beauftragt wurden (vgl. ebd.). Erst in den 1970er Jahren wurde der Fürsorgerinnenbegriff durch jenen der Sozialarbeiterin und des Sozialarbeiters ersetzt (vgl. ebd.).

2.3 Mündel

Kinder unverheirateter Eltern wurden als Mündel oder uneheliche Kinder bezeichnet. Die Bezeichnung *uneheliches Kind* findet heute im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch (ABGB) keine Anwendung mehr (vgl. Land Salzburg, Abteilung Soziales 2021:10).

2.4 Mündelakte

Bei Mündelakten, einer Form personenbezogener Akten, handelt es sich um Sammlungen von Dokumenten, die für unehelich geborene Kinder meist sofort nach der Geburt von einer

Abteilung der Jugendfürsorge angelegt wurden (vgl. Ralser et al. 2015:21). Für uneheliche Kinder galt nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz 1954 eine behördliche Pflegeaufsichtspflicht, indem Fürsorgerinnen in regelmäßigen Abständen überprüften, ob die Pflege des Mündelkindes ordnungsgemäß vollzogen wurde (vgl. Graf 2019:66). Dazu mussten die Fürsorgerinnen die Kinder besuchen, befragen sowie deren Räumlichkeiten besichtigen (vgl. ebd.:66). Im Rahmen dieser Kontrollen wurden die Beobachtungen der Fürsorgerinnen auf sogenannten Mündelkarten festgehalten, auf welche mit Datum versehen die einzelnen Hausbesuche angeführt wurden. Weitere Dokumente, die in Mündelakten aufbewahrt werden, sind beispielsweise Gerichtsprotokolle, Formulare, Unterhaltsvereinbarungen, Jahresberichte der Fürsorgerinnen oder der Schulen, Zeugnisse, Schriftverkehr zwischen Institutionen etc. (vgl. Ralser et al. 2015:21).

3 Geschichtlicher Hintergrund

Wie es zu den Vorschriften im Umgang mit unehelichen Müttern und deren Kindern kam, ergab sich aus dem Zusammenwirken normierter Wertvorstellungen, konstruierter Wirklichkeiten und der sich daraus festgelegten gesetzlichen Grundlagen. Dieses Kapitel schafft einen historischen Überblick, um auf ebendiese Komponenten einzugehen und die weitgreifend bestehende Wirklichkeit des untersuchten Zeitraums von den beginnenden 1950er Jahren bis in die ersten 1970er Jahre zu illustrieren. Dabei wird vorerst der Familien- und Ehebegriff dieser Zeit aufgegriffen, um anschließend auf die damalige Gesetzeslage sowie deren Weiterentwicklung einzugehen.

3.1 Ehe und Familie

Unehelichkeit wurde in Bezug auf Familiengründung bis in das späte 20. Jahrhundert als Abweichung der Norm angesehen. Die mit der Elternschaft einhergehenden Pflichten und Rechte wären ausschließlich in ehelichen Verhältnissen garantiert (vgl. Buske 2002:322). Sexualität wurde innerhalb einer Ehe dahingehend legitimiert, dass sie ausschließlich der Fortpflanzung dienen und damit sittliche Werte vermitteln sollte (vgl. ebd.:322). Uneheliche Kinder und deren Eltern fielen in diesem Zusammenhang nicht unter den gesellschaftskonformen und staatlich-anerkannten Familienbegriff, sodass unverheirateten Frauen die rechtmäßige Erziehungskompetenz abgesprochen und Unsittlichkeit unterstellt wurde (vgl. ebd.:322).

3.2 Gesetzliche Entwicklung in Österreich

Bereits im Jahr 1919 wurde gesetzlich festgelegt, dass in Deutschösterreich die Pflege und Erziehung unehelicher Kinder bis zum 14. Lebensjahr regelmäßig amtlich zu überprüfen war,

selbst dann, wenn die Kinder bei ihren leiblichen Müttern aufwuchsen (vgl. Graf 2019:34). 1940 wurde in Österreich ein in Deutschland bereits 1924 in Kraft getretenes Jugendwohlfahrtsgesetz eingeführt, wobei dieses nach den nationalsozialistischen Wertvorstellungen adaptiert wurde (vgl. ebd.:43). Dieser gesetzlichen Regelung zufolge kam dem Jugendamt⁴ die Amtsvormundschaft für uneheliche Kinder zu. Bis zum 20. Oktober 1948 galt in Österreich diese übernommene Verordnung noch offiziell. Da es im Jahre 1948 jedoch kein neues Bundesgrundsatzgesetz gab, verlängerte sich das Bestehen in den österreichischen Bundesländern bis ins Jahr 1954 (vgl. ebd.:66). Am 09.04. 1954 trat das neue Jugendwohlfahrtsgesetz in Kraft.⁵ In diesem war festgeschrieben, dass minderjährigen österreichischen Staatsbürger:innen eine öffentliche Jugendwohlfahrtspflege zu gewähren war sowie angeführt, unter welchen Voraussetzungen in die elterliche Erziehung eingegriffen werden durfte (vgl. Graf 2019:66). Für eheliche Kinder galten hierbei andere Regelungen als für uneheliche. Unter §17 des Jugendwohlfahrtsgesetzes 1954 stand:

„Mit der Geburt eines unehelichen Kindes österreichischer Staatsbürgerschaft im Inland wird die Bezirksverwaltungsbehörde, in deren Sprengel der Geburtsort liegt, Amtsvormund dieses Kindes.“⁶

Es war somit auch nach diesem erneuerten Gesetz anders als bei einem ehelich geborenen Kind nicht der Fall, dass der Mutter des unehelichen Kindes die Vormundschaft zugesprochen wurde, sondern der zuständigen Fürsorge. Die in Abschnitt 3.1 bereits beschriebenen Ansichten, Normen und Werte dieser Zeit trugen zu dieser gesetzlichen Entscheidung bei. Der Schutz des unehelichen Kindes sollte gewährleistet werden, indem die Vormundschaft der Mutter abgesprochen und stattdessen in den Bereichen des Rechts und der Finanzen der Jugendfürsorge übertragen wurde (vgl. Buske 2002:322f.). Auch in ehelichen Familienkonstellationen waren Frauen gesetzlich benachteiligt und degradiert. Bis in die 1970er Jahre galt in Österreich das Ehe- und Familienrecht des ABGB aus dem Jahre 1811. Dieses sprach dem Ehemann sowohl Entscheidungs- als auch Bestimmungsgewalt innerhalb der Familie zu und verpflichtete die Frau zu *Gehorsamkeit* ihm gegenüber (vgl. Niederkofler 2009:109). Diese sogenannte *väterliche Gewalt* wurde erst 1975 abgeschafft (vgl. ebd.:109). Bis dahin blieb der Mann seiner Ehefrau rechtlich übergeordnet. Anders verhielt sich dies bei unehelichen Vätern. Hierbei wurde das „Delikt“ des außerehelichen Sexualaktes schuldrechtlich verhandelt, sodass eine dafür verhängte Strafe in Form von Unterhaltszahlungen geleistet werden musste (vgl. Buske 2002.:323). Nadine Paunović, Bundesleiterin der österreichischen Frauenbewegung der ÖVP, reichte bereits im Dezember 1948 eine schriftliche Forderung zur Neuerung des bestehenden Ehrechts beim damaligen Justizminister Josef Gerö ein. Darin sprach sie sich für die Ersetzung der väterlichen Gewalt durch eine elterliche Gewalt sowie die Gleichberechtigung der Geschlechter im Rahmen der Ehe aus (vgl. Niederkofler 2009.:117). Ihre Forderungen verblieben unerhört. Der 1949 angelobte Justizminister Otto Tschadek der SPÖ thematisierte zu Beginn seiner Amtszeit eine

⁴ *Jugendamt* ist eine obsoleete Bezeichnung der heutigen Kinder- und Jugendhilfe. Um keine Verfälschung der historischen Professionsbezeichnungen zu begehen, wird in der folgenden Arbeit der alte Begriff verwendet.

⁵ Vgl. Bundesgesetz vom 09. April 1954, womit Grundsätze über die Mutterschafts-, Säuglings- und Jugendfürsorge aufgestellt und unmittelbar anzuwendende Vorschriften über die Jugendwohlfahrt erlassen werden (Jugendwohlfahrtsgesetz – JWG), idF BGBl 99/1954:507.

⁶ JWG, §17, Abs. 1, idF BGBl 99/1954.

geplante Reformierung des Familienrechts des ABGB und betonte in diesem Zusammenhang auch Reformbedarf in Bezug auf die Rechtstellung unehelicher Kinder (vgl. ebd.:115). In seinem Namen wurde eine Kommission für die Erarbeitung einer Familienrechtsreform gegründet. Deren erarbeiteten Richtlinien wurden schließlich von Vertreterinnen unterschiedlicher Frauenorganisationen überprüft und 1951 im Rahmen einer Tagung des Justizministeriums vorgestellt (vgl. ebd.:116). Die vorgeschlagenen Richtlinien eines geschlechtergleichen Ehe- und Familienrechts stießen auf große Ablehnung des Großteils der anwesenden Vertreter:innen anderer Parteien (vgl. ebd.:116). Daraufhin wurde der Versuch einer Kommissionserweiterung gestartet, indem die politischen Parteien stärker involviert werden sollten. Nach ausstehender Zusage und selbst nach Monaten fehlender Antwort der ÖVP-Frauenvorsitzenden Lola Solar wurde eine Zusammenarbeit der Parteien in den Bereichen Ehe und Familie unmöglich (vgl. ebd.:116). Noch in demselben Jahr erhielt auch Otto Tschadek einen Brief von Nadine Paunović, welche sich selbst nach ihrer Tätigkeit als Bundesleiterin für die Reformierung des Familienrechts einsetzte. Dieses Schreiben beinhaltete ihren Versuch, die kritischen Äußerungen der Reformgegner:innen zu Otto Tschadeks Richtlinien bezüglich eines geschlechtergerechten Familienrechts zu relativieren, indem sie auf die Bundesverfassung und Menschenrechte Bezug nahm (vgl. ebd.:117). Ebendiese Ansichten behielt auch zur Überraschung der ÖVP, SPÖ und vor allem Otto Tschadeks die ihr nachfolgende Lola Solar bei. Im Rahmen einer Nationalratsrede im Jahre 1959 äußerte diese sich positiv gegenüber den von Otto Tschadek 1951 vorgestellten Richtlinien der Familienrechtsreform, wobei sie allen Punkten zustimmte bis auf jenen der geforderten rechtlichen Gleichstellung unehelicher Kinder mit ehelichen (vgl. ebd.:117). Diese Äußerung war jedoch nicht mit der Führung der ÖVP abgesprochen, weshalb es zu keiner Weiterverhandlung in diesem Belangen kam (vgl. ebd.:117f.). Die voneinander abweichenden Interessensvertretungen von den politischen Parteien SPÖ und ÖVP ließen weder in den 1950er noch in den 1960er Jahren einen Kompromiss bezüglich der Reformierung des Ehe- und Familienrechts zu (vgl. ebd.:119). Erst im Jahre 1970 kam es zu einer weitgehend gesetzlichen Gleichstellung von ehelichen und unehelichen Kindern, wobei die amtliche Vormundschaft bei unehelichen Kindern noch bestehen blieb. Es war jedoch von nun an unehelichen Müttern möglich, die Vormundschaft für ihr Kind zu beantragen. Im Jahre 1989 kam es zur gänzlichen Abschaffung der amtlichen Vormundschaft unehelicher Kinder (vgl. Graf 2019:70).

4 Forschungsstand und Forschungsfrage

4.1 Stand der Forschung

Mündelakten fanden bis heute in Österreich erst selten ihren Weg in qualitative Forschungsarbeiten. Eine der vorliegenden Untersuchungen wurde von Michaela Ralser et al. (2015) durchgeführt, indem sie im Rahmen einer Studie Mündelakten im Raum Tirol und Vorarlberg untersuchten und zusätzlich Zeitzeug:innen zu deren Erfahrungen mit Fürsorgeapparaten interviewten. Ziel dieser Studie war es, die Gewalt innerhalb des Fürsorgesystems nach 1945 aufzuzeigen und Aufklärungsarbeit für die Gegenwart zu leisten (vgl. ebd.:14). Dabei lag der Fokus der Untersuchung auf sogenannten Fürsorgeerziehungsheimen, in welchen unter anderem auch uneheliche Kinder untergebracht wurden. Die Rolle der Mutter fand dabei lediglich im Rahmen einzelner Erzählungen von Zeitzeug:innen Beachtung, weshalb nur vereinzelte Einblicke in den damaligen Umgang mit unehelichen Müttern gegeben sind.

Anneliese Bechter et al. (2013) widmeten sich in ihrem Sammelbandbeitrag einem ähnlichen Thema wie jenem der vorliegenden Bachelorarbeit, jedoch ohne den Fokus auf den Prozess der Vaterschaftsaberkennung zu legen. Untersucht wurde die symbiotische Zusammenarbeit von Fürsorgeapparat, Fürsorgeanstalt und Kinder- und Jugendpsychiatrie im Tirol der 1960er und frühen 1970er Jahre, deren Maßnahmen gegen proletarische und uneheliche Kinder arbeiteten. Dazu wurden Beispiele aus Jugendfürsorgeakten dieser Zeit herangezogen, die aufzeigen, wie sehr betroffene Kinder und Jugendlichen von Subjekten zu Objekten degradiert wurden (vgl. ebd.:132). Als Forschungsquelle wurden ebenfalls Mündelakten herangezogen und die Rolle der unehelichen Mutter und deren Kinder im Rahmen des historischen Kontextes analysiert (vgl. ebd.:133). Die Rolle des unehelichen Vaters sowie der Umgang mit der unehelichen Mutter in diesem Zusammenhang fand jedoch keinen Eingang in deren Arbeit.

Ein anderer Fokus zeigt sich in den Forschungen von Vanessa Blaha, welche in der Abteilung für Erziehungswissenschaften in Salzburg tätig ist. Sie untersuchte von Oktober 2019 bis Juli 2023 78 Mündelakten aus dem österreichischen Bundesland Salzburg im Zeitraum von 1942 bis 1974 und legte den Forschungsschwerpunkt auf Weiblichkeit und Sexualität.⁷ In ihrem noch laufenden Dissertationsprojekt untersucht sie die staatlichen Eingriffspolitiken in Mündelakten des genannten Zeitraums. Dabei geht es Vanessa Blaha vor allem um das Spannungsverhältnis an der Schnittstelle von Pädagogik, Heilpädagogik und Psychiatrie sowie dem Ziel, anhand der Analyse die Aktenführung der Fürsorgerinnen rekonstruieren zu können.⁸ Dadurch sollen die damaligen „Legitimationsstrukturen des Eingreifens“ der Jugendwohlfahrt in Bezug auf Mädchen und Mütter aufgezeigt werden.⁹

⁷ Vgl. Vortrag von Vanessa Blaha an der FH St. Pölten im Rahmen der LV „Projektwerkstatt I“, am 23.10.2023, Folien bereitgestellt von der Vortragenden.

⁸ Vgl. Ebd.

⁹ Vgl. Ebd.

In Deutschland gibt es zu den Fürsorgeapparaten und Heimunterbringungen der Nachkriegszeit meiner Recherche zufolge mehr Forschungsarbeiten als in Österreich. Einige dieser Untersuchungen wurden in einem Sammelband der Herausgeberin Mechthild Bereswill zusammengetragen, wodurch unterschiedliche Forschungsperspektiven aufgezeigt werden.

Sybille Buske beschrieb in einer ausführlichen Arbeit die Geschichte der Reformbewegungen für ein *Nichtehelichenrecht* von den 1920er bis zu den 1960er Jahren, welche die Diskriminierung unehelicher Kinder bzw. unverheirateter Eltern in Deutschland stoppen wollte. Die rechtliche Lage und gesetzliche Verordnung einer amtlichen Vormundschaft für uneheliche Kinder sowie die vorgeschriebenen Hausbesuche durch Fürsorgerinnen waren in Deutschland sehr ähnlich wie in Österreich (vgl. Buske 2002:322f.). Buske schrieb ebenfalls von Vaterschafts- aberkennungen sowie den Folgen der unehelichen Mütter in solch einem Fall (vgl. ebd.:324f.), legte ihren Fokus jedoch überwiegend auf die Rechts- und Gesetzeslage.

Der von Patrik Müller-Behme (2019) in seinem Text gewählte Forschungszugang ist von hoher Relevanz für die vorliegende Bachelorarbeit. Der Autor befasste sich mit geschlechterspezifischen Zuweisungskonstruktionen im Rahmen von Heimunterbringungen durch das Jugendamt der 1950er bis 1970er Jahre in Deutschland (vgl. Müller-Behme 2019:87). Dabei wählte er unter anderem mittels Durchführung der Sequenzanalyse eine quellenkritische und interpretative Forschungsmethode, um vorliegende Antragsdokumente aus den 1960er Jahren zu untersuchen (vgl. ebd.:88). Eingebettet in den Kontext der historischen Geschichts- und Gesetzeslage fand eine Rekonstruktion der Verhaltensmuster und verwendeten Sprache jener Zeit statt (vgl. ebd.:89). Ein ähnliches Forschungsdesign findet in der vorliegenden Arbeit ihre Umsetzung (vgl. ausführlicher dazu Kapitel 5).

In Niederösterreich wurde eine solche Untersuchung, wie sie die hier beschriebenen Forschungen durchgeführt haben, bis heute noch nicht umgesetzt. Das NÖLA bewahrt eine Vielzahl an Mündelakten aus dem Raum St. Pölten Land und Amstetten auf, welche bisher noch nicht als Forschungsquellen herangezogen und dahingehend analysiert wurden. Weiters konnten selbst nach intensiver Recherchearbeit zu der dieser Bachelorarbeit zugrundeliegenden Forschungsfrage bisher im Land Österreich keine Forschungsergebnisse gefunden werden. Vaterschaftsaberkennungen wurden zwar in vereinzeltten Arbeiten erwähnt, in manchen im Rahmen gesetzlicher Rechtslagen tiefergehend untersucht, jedoch nicht mit Fokus auf den Umgang mit der unehelichen Mutter des betroffenen Kindes analysiert. Somit soll mit dieser Arbeit nicht nur ein Beitrag zur historischen Aufklärung im östlichen Österreich geleistet werden, wie es bisher in Salzburg, Tirol und Vorarlberg begonnen wurde, sondern zusätzlich ein neuer Fokus in die Untersuchungen und Analysen österreichischer Mündelakten eingebracht und umgesetzt werden.

4.2 Forschungsfrage

Die Hauptforschungsfrage dieser Arbeit wird anhand der Case-Study eines einzelnen Falles untersucht und lautet:

- Welchen Umgang erfuhr eine uneheliche Mutter zwischen den 1950er und 1960er Jahren in Niederösterreich während eines Vaterschaftsaberkennungs-Prozesses von Seiten der Fürsorge, der Justiz und dem gesellschaftlichen Umfeld?

Dazu ergeben sich folgende Subfragen, welche in der vorliegenden Arbeit berücksichtigt werden sollen:

- Mit welchen Zuschreibungen wird die uneheliche Mutter in der Mündelakte beschrieben?
- Inwiefern wurde sie zu den Gründen der unehelichen Schwangerschaft befragt?
- Wie wird die Mutter in der Mündelakte von den Fürsorgerinnen beschrieben und charakterisiert?
- Zeigen sich Unterschiede im Umgang verschiedener Behörden?
- Zeigen sich Unterschiede im Umgang mit der Mutter vor, während und nach dem Vaterschaftsaberkennungsprozesses?

5 Forschungsdesign

5.1 Quellenzugang

Die Datenerhebung fand im Rahmen von Archivbesuchen im NÖLA in St. Pölten statt. Ein Bestandteil der zahlreichen, nach Jahreszahlen sortierten, uns zur Verfügung gestellten Mündelakten wurde mit dem Fokus der Forschungsfrage durchgesehen, um für die Untersuchung angemessene Akten herauszufiltern. Im Rahmen dieses Vorgangs und einer themenorientierten Literaturrecherche wurde während der ersten Archivbesuche der Untersuchungszeitraum auf die 1950er und 1960er Jahre festgelegt. Ein Grund dafür war das 1954 in Kraft getretene neue Jugendwohlfahrtsgesetz. In Hinblick darauf schien der Blick auf den Umgang mit unehelichen Müttern dieser Zeit von besonders hohem Interesse. Ab diesem Zeitpunkt wurden Mündelakten aus genannter Zeit näher betrachtet, sodass sich bald darauf eine Akte aus dem Jahre 1952 als Forschungsmaterial herauskristallisierte. Mit der Geburt des betroffenen unehelichen Kindes wurde ein gerichtlicher Prozess der Vaterschaftsaberkennung gestartet, welcher vom Kindesvater eingeleitet, doch schließlich nicht weiterverfolgt wurde. Die Akte erwies sich dahingehend als relevante Forschungsquelle, da der besagte Prozess acht Jahre später erneut aufgegriffen und schließlich auch zugunsten des vermeintlichen Vaters beendet wurde. Neben der Mündelakte wurde über ANNO, einer Plattform der österreichischen Nationalbibliothek, welche digitalisierte historische Zeitungen und Zeitschriften zur Verfügung stellt, auf einzelne Beiträge der Nachkriegszeit zugegriffen. Mittels dieser Einblicke in die zeitgenössische Berichterstattung sollte ein weiterer Blick in den Untersuchungskontext geworfen werden, um ein Verständnis für die von der Mehrheitsgesellschaft konstruierte Welt der 1950er und 1960er Jahre zu erhalten. Da die

untersuchte Mündelakte bis in das Jahr 1972 geführt wurde, wird auch die Berichterstattung bis in dieses Jahr berücksichtigt.

5.2 Mündelakte als Quelle

Die unter Kapitel 3.2 bereits beschriebene Mündelakte stellt eine Sammlung von Dokumenten dar, welche von unterschiedlichen Personen verschiedener Professionen verschriftlicht und zusammengetragen wurden. Ralser et al. bezeichnen Akten als „Gedächtnis der Verwaltung“ (Ralser et al. 2015:19), da sie die gewohnten Handlungen der ausführenden und dokumentierenden Personen festhalten (vgl. ebd.:19). Somit wird deutlich, dass die als objektiv beschriebenen Dokumentationen eines Amtes oder einer Institution die konstruierte Wirklichkeit einer Zeit im Rahmen der Subjektivität interpretativer Niederschriften erkenntlich macht. Laut Ralser et al. zeigt sich eine solche „zweckorientierte Objektivierung“ (ebd.:19) vor allem in personenbezogenen Akten, wie es Mündelakten sind (vgl. ebd.:19). Matthias Zaft schreibt ebenfalls in seiner Arbeit „Der erzählte Zögling“, dass es sich bei Akteninhalten nicht um die Abbildung der betroffenen Person handelt, sondern um eine Figurenkonstruktion mittels Formulierung und Darstellung der schriftführenden Hand (vgl. Zaft 2011:60). Dabei unterscheidet er zwischen dem realen Menschen und der Akten-Figur, welche nicht als ein und dasselbe gesehen werden dürfen (vgl. ebd.:61). Bei Mündelakten als Quellenform kommt hinzu, dass ein hierarchisches System merkbar vorliegt, da die Fürsorgerinnen den Mündeln sowie deren Müttern rechtlich übergeordnet waren und sich in den Aufzeichnungen vor allem jenes festgehalten zeigt, das eine amtliche Auffälligkeit oder Bedeutsamkeit darstellte (vgl. Ralser et al. 2015:19). Auch Flavia Guerrini schreibt im Zuge ihrer Akten-Untersuchungen von innerhalb der Dokumente erkennbaren Hierarchien, die dazu beitragen, dass die Inhalte mehr über die Verfasser:innen als über die betroffenen Kinder aussagen (vgl. Guerrini 2020:53). „Gegen den Strich gelesen können daraus jedoch zeittypische Normalitätsvorstellungen rekonstruiert werden“ (Ralser et al. 2015:19), schreiben Ralser et al. und ebendies soll anhand der Untersuchung und Analyse einer Mündelakte im Rahmen dieser Arbeit vollzogen werden.

5.3 Analysemethode

Die Analyse des erhobenen Forschungsmaterials vollzieht sich anhand einer quellenkritischen und interpretativen Aktenanalyse mittels der Methode der Grounded Theory. Dabei ist der Zugang zu den Daten im Rahmen dieses Analyseverfahrens angelehnt an die Vorgangsweise der wissenssoziologischen Diskursanalyse (WDA) von Reiner Keller. Diese gründet auf zwei bestehenden Ansätzen. Einerseits dem wissenssoziologischen Ansatz von Peter L. Berger und Thomas Luckmann und andererseits dem Machtbegriff von Michel Foucault. Erster besagt, dass die Wirklichkeit innerhalb einer Gesellschaft von ebendieser konstruiert werde (vgl. Fust 2019:248). Das „Wissen um die Wirklichkeit einer Gesellschaft“ (ebd.:248) entspringt demnach menschlicher Handlungen, welche die gesellschaftliche Ordnung festigen und als gegebene Wirklichkeit darstellen. Dabei sei laut Berger und Luckmann vor allem das sogenannte „Alltagswissen“, welches als selbstverständlich bestehend über Generationen weitergegeben werde, ein Produkt intersubjektiver Vermittlung (vgl. ebd.:248). Aufgrund dieser

Objektivierung im Sinne einer Selbstverständlichkeit erfährt dieses Wissen um die Wirklichkeit innerhalb einer Gesellschaft häufig unhinterfragte Akzeptanz (vgl. ebd.:248). „Die Wirklichkeit wird dementsprechend von Menschen hervorgebracht, wobei diese Wirklichkeit wiederum Menschen hervorbringt“ (ebd.:248).

Michel Foucault vertrat die Annahme, dass Macht und Wissen interdependent zueinander seien und somit ohne Macht kein Wissen und ohne Wissen keine Macht bestehen könnten (vgl. ebd.:248). Diese Macht sei innerhalb einer Gesellschaft nicht naturgegeben, sondern als Wirkung auf gezieltes Handeln zu verstehen. Dies führt schließlich zum Diskursbegriff von Keller, welcher Diskurse als „soziale Praxis“ (ebd.:249) definiert, die eine gesellschaftliche Wirklichkeit konstruieren. Die WDA untersucht und analysiert diese Wirklichkeiten und die darüber bestehenden Formen gesellschaftlichen Wissens (vgl. ebd.:249). Für die vorliegende Arbeit erscheint eine Anlehnung an diesen Forschungszugang dahingehend passend, dass anhand der Untersuchung einer Mündelakte eine gezielte Fokussierung im Rahmen einer festgelegten Forschungsfrage gegeben ist. Dabei soll anhand dieser Falluntersuchung beleuchtet werden, wie die Gesellschaft der 1950er und 1960er Jahre ihre Wirklichkeit konstruierte und womit auf gegebene Handlungsprobleme reagiert bzw. interveniert wurde.

Die beiden US-amerikanischen Soziologen Anselm Strauss und Barney Glaser entwickelten in den 1960er Jahren die sogenannte Grounded Theory, um soziale Phänomene auf alltagsweltlicher Basis zu untersuchen und zu erforschen (vgl. Breuer et al. 2019:7). Aus ebendiesen alltagsweltlichen Kontexten werden empirischen Daten gesammelt, welche an beteiligte Personen des untersuchten Feldes geknüpft sind. Dabei kann es sich um Beobachtungen, Feldforschungen oder Interviews, aber auch um Dokumente, Akten und Schriftmaterialien handeln (vgl. ebd.:7). Diese erhobenen sozialen Phänomene werden anschließend in Konzepte bzw. Kategorien gegliedert, indem einzelne Datenausschnitte – beispielsweise Interviewsequenzen, Textpassagen etc. – herangezogen und kategorisiert werden (vgl. ebd.:7). Diese „regelbasierte (Interpretations-) Methodik“ (ebd.:7) wird als *Kodieren* bezeichnet (vgl. ebd.:7). Eine besondere Rolle kommt hierbei der Reflexionskompetenz der forschenden Person zu, da in der Grounded Theory

„versucht [wird], alltagsweltliche Phänomene bzw. Ausschnitte aus spezifischen Lebenswelten (etwa hinsichtlich der dort praktizierten Handlungs- und Interaktionsmuster) mit unverstelltem Blick und mit offener Haltung zu betrachten.“ (ebd.:9)

Diese offene und vor allem kritische Haltung ist im interpretativen Vorgang der vorliegenden Aktenanalyse von hoher Relevanz. Die Anlehnung an die Methode der Grounded Theory soll anhand des anfänglichen Herausarbeitens von Konzepten eine strukturierte Basis schaffen, mit welcher sich feinanalytisch in Richtung der Forschungsfrage arbeiten lässt. Da im Rahmen dieser Arbeit keine Theorie entwickelt werden soll, wird das offene Kodieren der Grounded Theory als erster interpretativer Schritt der anschließenden weiteren sequenziellen Analyse herangezogen, um die Dichte des Materials aufzubrechen. Sie dient somit als Grundpfeiler des interpretativen Analyseverfahrens. Mit der Analyse einer Mündelakte geht die Untersuchung mehrerer Dokumente einher, welche sich in dieser Akte befinden. Somit geht die intensive Auseinandersetzung mit einem Einzelfall Hand in Hand mit dem Vergleich der darin sich unterscheidenden Dokumentenformen und Herangehensweisen. Die kritische und interpretative Auseinandersetzung mit einzelnen Sequenzen besagter Dokumente soll zu

einer Rekonstruktion damaliger Verhaltensmuster und Wertvorstellungen dienen, die sich im Rahmen des geschichtlichen und gesetzlichen Kontextes analysieren lassen. Die Ergebnisse werden im 6. Kapitel vorgestellt.

5.4 Zitation

Inhalte, welche im Rahmen der Literaturrecherche in die Arbeit einfließen sowie Zitate und Informationen, die von aktuellen Quellen stammen, werden zwischen Klammern am Ende eines Satzes im Fließtext angeführt. Dabei werden der Nachname des Autors bzw. der Autorin, das Entstehungsjahr sowie die Seitenzahl angeführt.

Bei der Zitation historischer Zeitungen, zeitgenössischer Gesetzestexte sowie des Materials aus der untersuchten Mündelakte findet sich die Quellenangabe in den Fußnoten der Arbeit. Grund für diese Verwebung zweier Zitationsformen ist die Gewährleistung eines übersichtlichen Leseflusses. Da es sich bei den Inhalten der Mündelakte um jeweils unterschiedliche Dokumentenformen handelt, werden diese mit genauem Datum angeführt, wodurch das Eingliedern inmitten des Fließtextes zu viel Platz einnehmen und den Lesefluss stören könnte. Jede Datenquelle bekommt bei erstmaliger Zitation eine Quellennummer zugeschrieben, welche zusätzlich im Fußnotenverweis genannt wird. Zumal es sich bei der vorliegenden Arbeit um eine Case Study handelt und somit ausschließlich eine Mündelakte die Quellenbasis darstellt, bleiben die Bezirkshauptmannschaft St. Pölten sowie die Kartonnummer 1114 jeweils gleich. Dennoch werden diese Angaben bei jedem Quellenverweis in den Fußnoten angeführt, um mögliche Unsicherheiten zu vermeiden. Die Kurzverweise der herangezogenen Quellen können jederzeit im Abschnitt „Daten“ am Ende der Arbeit nachgeschlagen werden. Hierbei werden die Quellen nach Entstehungsdatum sortiert und entsprechen demnach nicht zwingend den chronologischen Anführungen im Fließtext. Damit wird ein vereinfachtes Nachschlagen gewährleistet.

5.5 Datenschutz

Um den Datenschutz zu gewährleisten und dennoch eine Nähe zu den betroffenen Personen zu schaffen, wird für die vorliegende Analyse auf Pseudonyme und Anonymisierungen zugegriffen. Personenbezeichnungen werden durch einen fiktiven Namen ersetzt, Ortsangaben mittels Anfangsbuchstabens und Punkt, beispielsweise *M.*, anonymisiert. Innerhalb eines direkten Zitats werden diese Angaben in eckigen Klammern geschrieben. Lediglich die Bezeichnungen für Personen des öffentlichen Raums, wie beispielsweise Politiker:innen und mit diesen in Zusammenhang stehende Ortsangaben entsprechen der Wahrheit.

6 Forschungsergebnisse

Das vorliegende Kapitel umfasst die Forschungsergebnisse, die anhand der zuvor beschriebenen Auswertungs- und Analysemethoden erarbeitet wurden.

6.1 Erläuterung der Materialauswahl

Bei der in dieser Arbeit untersuchten Mündelakte handelt es sich um jene des Jungen Theodor¹⁰, welcher im Jahre 1952 als uneheliches Kind geboren wurde. Die Akte befindet sich im NÖLA. Sie enthält neben der Mündelkarte zahlreiche Gerichtsprotokolle, Situationsberichte sowie Jahresberichte und Dokumentationen der Fürsorgerinnen (ausführlicher zu den Dokumentenformen siehe 6.3). Die gegenständliche Akte zeugt von großer Relevanz und Aussagekraft für die vorliegende Forschungsfrage, da nach Theodors Geburt bis ins Jahr 1964 gerichtliche Vaterschaftsfeststellungs- bzw. -aberkennungsprozesse geführt wurden. Der zu Theodors Lebensbeginn als Kindesvater festgestellte Manuel W.¹¹ bestritt nachträglich die Vaterschaft und ging gerichtlich dagegen vor. Theodors Mutter, Renate H.¹², behauptete das Gegenteil; das Jugendamt reichte Klage gegen den Vater ein und forderte Alimente für das Kind. Aufgrund der wiederkehrenden Vernehmungen, Tagsatzungen und parallel dazu laufenden Hausbesuche, lässt sich die Rolle der unehelichen Mutter aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten. Da Renate H. nicht aufgab, nachdem die Vaterschaft 1961 aberkannt wurde, verliefen die gerichtlichen Prozesse noch bis 1964 weiter. Während dieser Zeit der andauernden Verhandlungen lebte Theodor bei seiner Mutter und Großmutter. Zumal Renate H. bis zu Theodors Volljährigkeit keine Ehe einging, wurde dessen Mündelakte bis ins Jahr 1972 fortgeführt. In Folge einer Heirat wäre sie geschlossen worden (vgl. Bechter et al. 2013:137). Die normativen Zuschreibungen unehelicher Mütter aufgrund bestehender Wertvorstellungen und Lebensrealitäten, gesetzlicher Regelungen und lebensweltlicher Verhältnisse lassen sich anhand dieser Mündelakte in Form einer Case Study tiefgehend untersuchen.

6.2 Explorativer und beschreibender Zugang

Im Rahmen der anfänglichen Recherchen im NÖLA konnten erste Erkenntnisse zum Quellenmaterial gewonnen werden. Zu beobachten war, dass Mündelakten in Folge einer nachträglich eingegangenen Ehe der betroffenen Mutter frühzeitig geschlossen wurden. In einigen Fällen wurde dieser Schritt kurz nach der Geburt gesetzt, weshalb betreffende Akten lediglich mit der Mündelkarte und dem Vermerk der Eheschließung befüllt sind. Aufgrund unzureichender Relevanz für die Forschungsfrage, wurden diese Akten beiseitegelegt und ausschließlich dickere Ordner geöffnet und durchgesehen. Dabei fiel auf, dass es sich bei

¹⁰ Hierbei handelt es sich um ein Pseudonym.

¹¹ Hierbei handelt es sich um ein Pseudonym.

¹² Hierbei handelt es sich um ein Pseudonym.

deren Inhalten häufig um Ansuchen auf Alimente sowie Schul- und Situationsberichte zum unehelichen Kind handelte. Eine Beobachtung, die sich für die grundlegende Forschungsfrage als bedeutsam herausstellte, bezieht sich auf gerichtliche Nachforschungen zu unehelichen Schwangerschaften. Hierbei sind in zahlreichen Akten Befragungen dokumentiert, bei welchen intime Lebensinhalte, wie etwa der genaue Zeitpunkt und Ablauf des Geschlechtsverkehrs, von den Betroffenen geschildert werden sollten. Diese fanden sowohl vor Gericht als auch bei der Bezirkshauptmannschaft statt. Bezüglich der verschiedenen Dokumentenformen lässt sich feststellen, dass die Mündelkarten einem normierten Schema folgen und in den Akten durchwegs ident vorzufinden sind. Die Eintragungen fanden händisch oder mit Schreibmaschine statt. Vor allem Mündelkarten des Jugendamtes St. Pölten Land aus den 1940er, 1950er und frühen 1960er Jahren wurden überwiegend händisch beschrieben. Auch Schul-, Jahres und Situationsberichte weisen einen zumeist standardisierten Aufbau auf und vor allem erstere beiden wurden beinahe ausschließlich auf buntem Papier mittels Schreibmaschine verfasst. Formulare wurden zum Teil nach Bedarf umfunktioniert, indem beispielsweise Formular-Bezeichnungen durchgestrichen und handschriftlich geändert wurden. Das Papier innerhalb der Akten variiert von stärkerem Karton bis hin zu Tuscheblättern. Vor allem Gerichtsprotokolle wurden häufig auf beinahe durchscheinendem Papier mit der Schreibmaschine verfasst, sodass sich der Text auf die Rückseite durchdrückte. Dies schränkt die Lesbarkeit häufig ein.

6.3 Kontextualisierung und Quellenkritik

Der folgende Abschnitt stellt eine vertiefende Beschreibung und Interpretation der herangezogenen und untersuchten Quellenformen dar. Dabei wird die jeweilige Dokumentenform anhand ihrer für die Forschungsarbeit wesentlichen Kriterien und Muster beschrieben. Deren Inhalt wird in Anbetracht der grundlegenden Forschungsfrage grob zusammengefasst. Somit wird notwendiges Wissen zu den einzelnen Dokumentensorten bereitgestellt sowie eine Kontextualisierung der Quellen im Rahmen des untersuchten Einzelfalles umgesetzt. Dies bildet die Basis für die darauffolgende vertiefende Aktenanalyse und schafft einen ersten Überblick des Fallverlaufs im Lichte der vorhandenen Dokumente.

Beim Aufschlagen der Mündelakte ist die Mündelkarte¹³ das obenauf liegende Dokument. Das Deckblatt des Kartonumschlags enthält die Eckdaten des Kindes, der zuständigen Bezirkshauptmannschaft sowie der für die *Pflege* zuständigen Person. Weiter unten werden die Namen der Mutter, des Vaters und der Großeltern angeführt, wobei der Name des Kindesvaters nachträglich durchgestrichen und mit dem Vermerk „festgestellt!“¹⁴ ergänzt wurde. Innerhalb des Umschlages befindet sich die „Mündelkarte der Fürsorgerin“¹⁵, deren Führung den zuständigen Fürsorgerinnen vorbehalten war. Sie diente zur Dokumentation deren persönlicher Eindrücke im Zuge der Hausbesuche unehelicher Familien. Demnach

¹³ NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Mündelkarte, im Folgenden Quelle 1.

¹⁴ Ebd.:1

¹⁵ NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Mündelkarte der Fürsorgerin, im Folgenden Quelle 2.

handelt es sich dabei um deren subjektive Wahrnehmungen. Nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz 1954 oblag der Bezirksverwaltungsbehörde und demzufolge den Fürsorgerinnen die sogenannte „Pflegeaufsicht“¹⁶, welche sie dazu anhielt, die Pflege unehelicher Kinder mittels Aufsuchungen zu prüfen (vgl. ebd.). Im Folgenden ist mit der Bezeichnung *Mündelkarte* stets jene der Fürsorgerinnen gemeint. Diese besteht aus mehreren zusammengehefteten Kartonseiten im DIN A5 Format, die mit einem auszufüllenden linearen Raster jeweils beidseitig bedruckt sind. Lediglich die erste Seite, welche auch besagten Titel trägt, ist durch eine mittig-waagrechte Trennlinie geteilt, sodass im oberen Bereich der Name und das Geburtsdatum des Kindes sowie die Person, bei welcher dieses in Pflege war, erneut eingetragen werden sollten. Dem Kindesnamen vorangehend sollte zwischen *ehelich* und *unehelich* gewählt werden. Bei Theodor ist zweiteres durchgestrichen.¹⁷ Nach *In Pflege bei* wurden das Kürzel *KM* für *Kindesmutter* sowie der volle Name von Renate H. und deren Adresse eingetragen. Besagte Angaben wurden mittels Schreibmaschine angeführt, ebenso wie die erste Dokumentation der Fürsorgerin am 26.01.1952. Bis auf wenige Ausnahmen wurden die jeweiligen Hausbesuche handschriftlich dokumentiert, wodurch sich über die Jahre vier verschiedene Schriftarten erkennen lassen. Demzufolge fand der erste festzustellende Fürsorgerinnen-Wechsel am 02.03.1955 statt. Ab dem 10.08.1960 ist erneut eine veränderte Handschrift auszumachen, welche ihren letzten Eintrag am 25.02.1966 festhielt. Im September desselben Jahres findet sich ein schreibmaschinengeschriebener Eintrag, auf welchen eine neue Handschrift am 31.01.1967 folgt. In den Jahren 1969 und 1970 wurde mittels Schreibmaschine dokumentiert, doch die händisch verfasste letzte Eintragung am 08.09.1972 lässt darauf schließen, dass es sich von 1967 bis 1972 um dieselbe Fürsorgerin handelte. Die einzelnen Perioden der Fürsorgerinnen dauerten demzufolge durchschnittlich fünf bis sechs Jahre an. Die Regelmäßigkeit der Hausbesuche variiert im Laufe der Zeit. Während 1952 drei Aufsuchungen stattfanden, waren es 1953 zwei und 1954 eine. 1955 besuchte die neue Fürsorgerin drei Mal die Familie, die zwei darauffolgenden Jahre fanden jeweils zwei Überprüfungen statt und 1958 erneut eine. Demgegenüber wurden Renate und Theodor 1959 quartalsmäßig aufgesucht. Die Regelmäßigkeit von drei bis vier Besuchen hielt sich von da an bis einschließlich ins Jahr 1969. In den letzten drei Jahren wurden jeweils halbjährlich Hausbesuche verzeichnet. Auffallend ist hierbei, dass kurz vor sowie in den Jahren nach der Vaterschaftsaberkennung 1961 die Hausbesuche regelmäßiger und in kürzeren Abständen stattfanden. In einer Eintragung am 10.08.1960 vermerkt die Fürsorgerin, dass häufigere Hausbesuche und Schulbesuche notwendig seien, da aufgrund der bäuerlichen Verhältnisse zu wenig Zeit für das Kind zur Verfügung stehe.¹⁸

Neben der Mündelkarte finden sich weitere Dokumentationen der Fürsorgerinnen in der Mündelakte. Dabei handelt es sich anders als bei der in sich gesammelten Auflistung der Mündelkarte um einzelne Blätter, die laufend in der Akte eingeordnet wurden. Diese halten nicht ausschließlich die Hausbesuche fest, ergänzen sie jedoch in einigen Fällen. So wurde beispielsweise am 12.02.1953 ein einzeliger Eintrag in der Mündelkarte zum Gesundheitszustand des Kindes¹⁹ auf einem Dokumentationsblatt des 16.02.1953 mit

¹⁶ JWG, §7, Abs. 3, idF BGBl 99/1954.

¹⁷ Vgl. Quelle 2:1.

¹⁸ Vgl. Quelle 2.:5.

¹⁹ Vgl. Ebd.:2.

Informationen zur finanziellen Lage der Kindesmutter in Bezugnahme auf den Hausbesuch ergänzt.²⁰ Der Bezirksverwaltungsbehörde oblag das Recht, ohne Rücksprache mit dem Vormundschaftsgericht Klagen bezüglich der Vaterschaftsfeststellung oder der Unterhaltsforderungen einzubringen.²¹ Demzufolge beziehen sich weitere Dokumentationen der Fürsorgerinnen auf deren ausgeschickte Mahnungen zu Unterhaltszahlungen, Informationen zu gerichtlichen Verhandlungen sowie Anträge oder Beschlüsse. Weiters wurden gesetzte Handlungen und Informationsweitergaben an die Kindesmutter, das Gericht oder andere Einrichtungen festgehalten. Es lässt vermuten, dass es sich dabei um interne Dokumentationen handelt, welche nicht an andere Einrichtungen versandt wurden. Sie sind in Theodors Akte gänzlich mittels Schreibmaschine verfasst. Lediglich einzelne Ergänzungen wurden handschriftlich beigefügt sowie die Unterschrift der zuständigen Fürsorgerin jeweils daruntergesetzt. Aus genannten Gründen zeugt diese Quellenform von großer Relevanz für die vorliegende Arbeit, da ein weitgreifender Blick auf die Form der Verschriftlichung und Handlungsvorgänge der Fürsorgerinnen geworfen werden kann. Ohne einem vorgefertigten Raster oder Muster Folge leisten zu müssen, wurden die besagten Dokumentationen in variierender Länge und Ausführlichkeit niedergeschrieben. Dabei finden sich häufig subjektive Wahrnehmungen und Zuschreibungen verschriftlicht, die bei der Konstruktion damaliger Wertvorstellungen und Handlungsmuster von Bedeutung sein können.

Jahresberichte und Situationsberichte werden ebenfalls als Forschungsquellen der Mündelakte entnommen. Die Dokumente unterscheiden sich schematisch ausschließlich durch ihre Bezeichnung. Sie werden jeweils von den Fürsorgerinnen im Namen der Bezirkshauptmannschaft verschriftlicht und umfassen eine situationsbezogene Zusammenfassung der Lebenssituation des unehelichen Kindes und deren Pflegepersonen. In Theodors Akte heben sich diese Berichte aufgrund ihrer blau-grünen Papierfarbe von den anderen Dokumenten ab. Am oberen Blattrand sind das zuständige Jugendamt S., der Name des Kindes sowie die Aktennummer anzugeben.²² Unter dem Titel der Berichtsbezeichnung ist das Datum des letzten Hausbesuches einzutragen. Im Situationsbericht darunter und im Jahresbericht am rechten Seitenrand sind Stichworte vorgedruckt, bei welchen es sich vermutlich um Anhaltspunkte der anzugebenden Inhalte handelt. Darunter fallen beispielsweise: Aufenthalt, Pflegeeltern, Verhalten, Schulbesuch, Alimente etc.²³ Da im Text nicht auf alle Punkte Bezug genommen wird, besteht die Vermutung, dass es sich nicht um verpflichtende Berücksichtigungen, sondern vielmehr um Anstöße handelt. Bis auf die Unterschrift der Fürsorgerin sind jegliche Angaben und Dokumentationen mit der Schreibmaschine verfasst. Sowohl bei der Mündelkarte als auch den Dokumentationsblättern, Jahres- und Situationsberichten handelt es sich um subjektive Einschätzungen und gesellschaftsgeprägten Wahrnehmungen der Fürsorgerinnen. Es wird darin vor allem jenes festgehalten, das als amtlich auffällig galt (vgl. Ralser et al. 2015:19). Wie auch Markus Zaft in

²⁰ Vgl. NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Dokumentation der Fürsorgerin am 16.02.1953, im Folgenden Quelle 5.

²¹ Vgl. JWG, §18, Abs. 1, idF BGBl 99/1954.

²² Vgl. NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Jahresbericht vom 18.07.1957, im Folgenden Quelle 6 / NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Situationsbericht vom 05.03.1962, im Folgenden Quelle 15.

²³ Vgl. Ebd.

diesem Kontext von Figurenkonstruktionen seitens der schriftführenden Person spricht (vgl. Zaft 2011:60), sind die genannten Quellen mit kritischem Auge zu betrachten.

Ein weiteres für die Arbeit wesentliches Dokument stellt die Aufnahmeschrift zur Bestreitung der Vaterschaft von Manuel W. am 17.04.1952 dar.²⁴ Handschriftlich werden in ein vorgefertigtes Dokument der niederösterreichischen Landes- und Berufsvormundschaft die Eckdaten von Manuel W., das zuständige Magistrat, der Leiter der Amtshandlung sowie der Grund der Einvernehmung mit zugehörigen Geburtsangaben des unehelichen Kindes und dessen Mutter angeführt.²⁵ Ergänzend sind die Arbeitsstelle, Vermögenswerte und Daten zu den Eltern von Manuel W. angegeben. Das Dokument ist vom Stadtjugendamt K. an das Bezirksjugendamt S. adressiert, um dessen Amtshilfe ersucht wird. Die Begründung der Vaterschaftsaberkennung wird vorerst in das vorgefertigte Formular in wenigen Sätzen eingetragen und anschließend auf der Rückseite des Dokuments handschriftlich ausführlicher ergänzt.²⁶ Die gewählte Überschrift „Information aufgenommen am 17.4.52 mit [Manuel W.]“²⁷ lässt vermuten, dass es sich bei der Niederschrift um jene des angeführten Amtshandlungsleiters handelt. Protokolliert ist jedoch aus Sicht des Einvernommenen mittels Ich-Formulierungen. Manuel W. gibt an, wie es zu einem einmaligen Geschlechtsverkehr mit Renate H. im Jahre 1952 kam und betont, weshalb es dabei seiner Ansicht nach nicht zu einer Schwängerung kommen konnte. Im Zuge dessen beantragt er die Aberkennung der ihm zugesprochenen Vaterschaft.

Eine solche Aufnahmeschrift wurde einen Monat später auch mit Renate H. am 14.5.1952 über das Bezirksjugendamt S. ausgestellt²⁸ und befindet sich heute in der Mündelakte. Es werden die anwesenden Personen Renate H. und der Leiter der Amtshandlung sowie das zuständige Jugendamt namentlich angeführt. Darunter wird handschriftlich die Äußerung von Renate H. zu der besagten Vaterschaftsbestreitung festgehalten, deren Inhalte ihr offensichtlich bekanntgegeben wurden, da sie auf einige Aussagen von Manuel W. Bezug nimmt. Am Ende des Protokolls findet sich die Unterschrift von Renate H. sowie knapp darunter die Information, mithilfe welcher Hebamme Theodor entbunden wurde.²⁹ Es erweckt den Anschein einer nachträglichen Ergänzung, weshalb davon auszugehen ist, dass das Protokoll im Beisein der Kindesmutter geführt wurde. Am Ende des Blattes wird das Dokument mit beigefügter Vaterschaftsklage gegen Manuel W. an das Bezirksgericht K. adressiert, ohne eine genaue Adresse anzugeben. Zumal es sich um dieselbe Handschrift handelt, wurde das gesamte Dokument von einer Person verschriftlicht, vermutlich dem Leiter der Amtshandlung. Das Verfahren der eingebrachten Vaterschaftsklage kam nicht zustande, da Manuel W. nicht zur Streitverhandlung erschien und er daraufhin mittels eines Versäumnisurteils zum Vater ernannt wurde.³⁰

²⁴ Vgl. NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Aufnahmeschrift der niederösterreichischen Landes- und Berufsvormundschaft am 17.4.1952, im Folgenden Quelle 3.

²⁵ Vgl. Ebd.:1.

²⁶ Vgl. Ebd.:4.

²⁷ Ebd.:4.

²⁸ Vgl. NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Aufnahmeschrift des Bezirksjugendamtes S. am 14.5.1952, im Folgenden Quelle 4.

²⁹ Vgl. Ebd.:2.

³⁰ Vgl. NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Wiederaufnahmsklage am 08.06.1960, im Folgenden Quelle 7, S.2.

Das chronologisch nächstfolgende für die Forschungsfrage relevante Dokument ist die 1960 eingebrachte Wiederaufnahmsklage von Manuel W., mittels welcher er erneut die Vaterschaft zu Theodor abstreitet und seinen Vater als Zeugen angibt. Er begründet das Zustandekommen des Versäumnisurteils im Jahre 1952 mit einem Rat des damaligen Richters, weshalb er nicht zur Streitverhandlung erschienen sei.³¹ Bei den Befragungen der beiden Männer, welche in diesem Dokument protokolliert sind, werden weitere Gründe angeführt, die gegen die Möglichkeit einer Vaterschaft sprechen, unter anderem die fehlenden äußerlichen Ähnlichkeiten der Erscheinungsmerkmale zwischen Theodor und Manuel W.³² Dabei bezieht sich der vermeintliche Kindesvater außerdem auf seine Blutgruppe B negativ, die sich seiner Aussage zufolge „regelmäßig auf das Kind [vererbe]“³³. Zusätzlich nennt Manuel W. zwei weitere Männer, mit welchen Renate H. in der sogenannten „kritischen Zeit“³⁴, worunter die Phase um den Eisprung innerhalb des weiblichen Zyklus gemeint ist, in welcher eine höhere Empfängniswahrscheinlichkeit besteht (vgl. PTA-Forum 2023), geschlechtlich verkehrt haben soll. Am Dokument werden Manuel W. als klagende Partei mit seiner anwaltlichen Vertretung sowie Theodor als beklagte Partei mit seiner Vertretung durch das Jugendamt S. angeführt.³⁵ Uneheliche Mütter hatten aufgrund der Amtsvormundschaft vor Gericht keine Rechte, weshalb die Verhandlungen vom Jugendamt vertreten wurden (vgl. Buske 2000:52). Das gesamte Dokument, die abschließende Unterschrift von Manuel W. inkludiert, wurde mittels Schreibmaschine verfasst und an das Bezirksgericht N. geschickt. Lediglich die Unterschrift des Rechtsanwalts, welche auf der ersten Seite über den Personalstempel gesetzt wurde, ist händisch nachgetragen. Diesem Wiederaufnahmebegehren wurde am 02.08.1960 vom Bezirksgericht N. stattgegeben.³⁶ Dabei handelt es sich um einen schreibmaschinengeschriebenen Brief an die Bezirkshauptmannschaft S., in welchem die angeführten Widerspruchspunkte des Manuel W. als ausreichend erachtet werden. Mittels Stempel und Unterschrift wurde das Schreiben vom Leiter der Geschäftsabteilung des Bezirksgerichtes N. abgesegnet.³⁷

Die Neudurchführung des Verfahrens startete vier Monate später durch das Bezirksgericht N., dessen erstes Gerichtsprotokoll von großer Relevanz für die vorliegende Arbeit ist. In diesem werden Vernehmungen von Renate H., Manuel W., dessen Vater sowie einem der Männer, mit welchem Renate H. zuvor unterstellt wurde, 1952 Geschlechtsverkehr gehabt zu haben, protokolliert³⁸. Weiters wird um die Einholung eines Blutgutachtens von Manuel W. sowie eines erbbiologischen-anthropologischen Gutachten desselben gebeten. Auf der ersten Seite werden Theodor, sein Vertreter des Jugendamtes S., Manuel W., dessen Anwalt sowie der zuständige Richter namentlich angeführt. Der Name der Mutter wird aufgrund der Amtsvormundschaft nicht angegeben. Als Anliegen des Verfahrens werden die „Feststellung

³¹ Vgl. Ebd.:2.

³² Vgl. Ebd.:2.

³³ Vgl. Ebd.:4.

³⁴ Vgl. Ebd.:3.

³⁵ Vgl. Ebd.:1.

³⁶ Vgl. NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Bewilligung der Wiederaufnahme am 02.08.1960, im Folgenden Quelle 8.

³⁷ Vgl. Ebd.: 3.

³⁸ Vgl. NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Neudurchführung der Vaterschaftsfeststellung am 05.12.1960, im Folgenden Quelle 9.

der a.e. [*außerehelichen*, Anm.] Vaterschaft und Unterhalt“³⁹ angegeben. Bei den Befragungen im Rahmen der Neuverhandlung wurde gezielt nach den geschlechtlichen Beziehungen und Verhältnissen der Kindesmutter gefragt und auf Aussagen früherer Vernehmungen Bezug genommen. Nach dokumentierten vier Stunden Verhandlung wurde eine Fortsetzung der Tagsatzung auf unbestimmte Zeit veranlasst, um die besagten Beweismittel einzuholen.⁴⁰

Eines dieser Beweismittel stellt eine weitere Quelle der Arbeit dar. Dabei handelt es sich um ein medizinisches Gutachten der Blutuntersuchungen von Manuel W., Renate H. und Theodor durch einen Wiener Arzt. Das Dokument ist mittels Schreibmaschine verfasst und an das Bezirksgericht N. adressiert.⁴¹ Darin wird aufgrund der sich voneinander unterscheidenden Blutgruppen – im Genaueren der Faktoren P und Duffy – eine Vaterschaft ausgeschlossen.⁴² Auf Grundlage dessen wurde am 24.04.1961 die Vaterschaft aberkannt⁴³ und das Klagebegehren von 1952 abgewiesen.⁴⁴ Dieses Dokument und Gutachten ist aus heutiger Sicht dahingehend kritisch zu betrachten, dass Vaterschaftsfeststellungen mittels Blutuntersuchungen in den 1960er Jahren noch nicht ausreichend erforscht waren und meist im Zusammenhang mit der Untersuchung von Ähnlichkeitsmerkmalen durchgeführt wurden (vgl. Pinchuk 2018:6). Erst ab den 1970er Jahren konnte anhand der Blutwerte eine höhere Wahrscheinlichkeit der Verwandtschaft garantiert werden, doch selbst dann nicht mit Sicherheit (vgl. ebd.:6). Die unwissenschaftliche und unsichere Beweisgrundlage wurde schließlich auch im Antrag auf Berufung von Seiten des Jugendamtes in Vertretung für Theodor angegeben sowie um einen erneuten Bluttest ersucht.⁴⁵ Dieser Antrag wurde an das Bezirksgericht N. geschickt und von diesem kurz darauf abgewiesen. Die Angaben auf der ersten Antragsseite entsprechen formal den bereits beschriebenen gerichtlichen Dokumenten, weshalb von einer normierten Form ausgegangen wird.

Einen weiteren Berufungsantrag in derselben Ausführung versandte das Jugendamt im Jahre 1964 an das Bezirksgericht H.⁴⁶ Er ist gänzlich mittels Schreibmaschine verfasst und gibt die beiden Parteien und anwesenden Personen sowie die Aktennummer an. Stempel oder Unterschriften enthält dieses Dokument nicht, weshalb kein genaues Datum auszumachen ist.⁴⁷ Im Kontext des Inhaltes geht jedoch hervor, dass sich die Berufung auf die Abweisung eines Klagebegehrens⁴⁸ im September desselben Jahres bezog. Auch dieses ist mittels Schreibmaschine verfasst, gibt jedoch auf der ersten Seite weder die Namen der Parteien

³⁹ Ebd.:1.

⁴⁰ Vgl. Ebd.:5.

⁴¹ Vgl. NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Gutachten Blutuntersuchung am 23.03.1961, im Folgenden Quelle 10.

⁴² Vgl. Ebd.:2.

⁴³ Vgl. NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Dokumentation der Fürsorgerin am 08.05.1964, im Folgenden Quelle 17.

⁴⁴ Vgl. NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Abweisung des Klagebegehrens am 02.05.1961, im Folgenden Quelle 12.

⁴⁵ Vgl. NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Berufung der Vaterschaftsaberkennung o.A.1961, im Folgenden Quelle 14.

⁴⁶ Vgl. NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Berufung der Vaterschaftsaberkennung am o.A.1964, im Folgenden Quelle 20.

⁴⁷ Vgl. Quelle 20:1ff.

⁴⁸ Vgl. NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Klagebegehren am 23.07.1964, im Folgenden Quelle 18.

noch die der zuständigen Verhandlungsperson an. Es steht lediglich am oberen Rande des Papiers „Im Namen der Republik“⁴⁹ geschrieben. Am Ende des Textes werden das Bezirksgericht H. sowie Stempel und Unterschrift des Kanzleileiters mit Datum angeführt.⁵⁰ Da die Berufung im November 1964 abgewiesen wurde⁵¹, lässt sich ihre Datierung zwischen September und November 1964 vermuten. Die Abweisung der Berufung ist formal ident zu der Abweisung des Klagebegehrens. Auch hier wird im Namen der Republik verfasst und erst am Ende des Dokuments das Gericht mit Stempel der zuständigen Person inklusive Datum angegeben.⁵² Die Bedeutsamkeit dieser Dokumente für die vorliegende Arbeit ergeben sich aus der Tatsache, dass hierbei ein zuvor im Jahre 1962 genannter Zeuge, Roman T.⁵³, als möglicher Kindesvater angegeben und dessen Vaterschaft schlussendlich ebenfalls gerichtlich ausgeschlossen wird.

6.4 Vertiefende Aktenanalyse

In diesem Abschnitt des Ergebnisteils werden die anhand der Grounded Theory herausgearbeiteten Kategorien herangezogen und deren Inhalte in Bezug auf die Forschungsfrage und deren Subfragen analysiert. Dazu werden einzelne Sequenzen aus der Mündelakte angeführt, sequenzanalytisch untersucht und im Kontext der historischen Weltanschauung und Gesetzeslage der betreffenden Zeit betrachtet.

6.4.1 „KM hat nicht den besten Ruf.“⁵⁴ – die Zeit vor der Vaterschaftsaberkennung

Der Anerkennung der Vaterschaft von Manuel W. gegenüber Theodor gehen zwei protokollierte Einvernehmungen voraus, welche unter 6.3 bereits vorgestellt wurden. Nachdem sich Manuel W. im April 1952 gegen die uneheliche Vaterschaft aussprach,⁵⁵ wurde kurz darauf Renate H. diesbezüglich vom Jugendamt S. befragt⁵⁶.

„Bei diesem Verkehr habe ich Gummi verwendet, den mir die KM selbst gab, der auch nach dem Verkehr unbeschädigt war. Ich hatte nicht einmal Samenausfluss und habe die KM auch darauf aufmerksam gemacht.“⁵⁷

Wie die Aussage des vermeintlichen Kindesvaters deutlich macht, sollte bei Einvernehmungen bezüglich einer unehelichen Elternschaft über den Hergang und Verlauf des Geschlechtsverkehrs berichtet werden. In diesem Fall wird kein Name angeführt, sondern die Abkürzung *KM* verwendet, was die Vermutung einer sinngemäßen und nicht wortgetreuen

⁴⁹ Vgl. NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Abweisung des Klagebegehrens am 21.09.1964, im Folgenden Quelle 19:1.

⁵⁰ Vgl. Ebd.:3.

⁵¹ Vgl. NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Abweisung der Berufung am 18.11.1964, im Folgenden Quelle 21.

⁵² Vgl. Ebd.:4.

⁵³ Hierbei handelt es sich um ein Pseudonym.

⁵⁴ Quelle 2:4.

⁵⁵ Vgl. Quelle 3:2ff.

⁵⁶ Vgl. Quelle 4:1f.

⁵⁷ Quelle 3:4.

Protokollierung zulässt. Mit dem letzten Satz wird ein großer Teil der Verantwortung dieser Vernehmung der Kindesmutter übertragen, indem Manuel W. anführt, diese auf den ausbleibenden Samenerguss aufmerksam gemacht zu haben. Die Voranstellung der Aussage *nicht einmal* impliziert eine Abschwächung der Sachverhalte im Kontext der Befragung. Zuvor in der Vernehmung gibt Manuel W. zudem zu Protokoll, dass Renate H. ihn zum „Fensterln“⁵⁸ eingeladen habe, worunter im ländlichen Raum das Einsteigen in das Schlafzimmer einer Frau über das Fenster bezeichnet wird (vgl. DWDS 2023a). Somit sei es, seiner Aussagen nach, ihre Intention gewesen, mit ihm geschlechtlich zu verkehren. Lange Zeit wurde unehelichen Müttern „»Liederlichkeit«, »Hemmungslosigkeit«, »sexueller Triebhaftigkeit« und »moralischem Schwachsinn«“ (Buske 2000:49) unterstellt. Im Rahmen der Wiederaufnahmsklage 1960 äußerte sich der Vater von Manuel W. folgendermaßen zu Renate H.:

„Ich habe schön [sic!] öfter reden gehört, dass die Kindesmutter einen sehr lockeren Lebenswandel geführt hat und mit mehreren Männern zur gleichen Zeit in geschlechtlichen Beziehungen stand.“⁵⁹

Dieser Aussage ist nicht zu entnehmen, von wem der Zeuge diese Informationen bezieht. Hierzu wird auch nicht weiter nachgefragt. Damit enthält er sich jedoch dem Kern der Zuschreibung, indem er eine passive Rolle einnimmt, zumal er den Ursprung dieser Vorwürfe an anderen ungenannten Personen festmacht. Die Bezeichnung des *lockeren Lebenswandels* wird in keinen direkten Kontext gesetzt. Das Wort *locker* findet jedoch umgangssprachlich als Synonym für „ohne sittlichen Halt, leichtfertig, liederlich“ (DWDS 2024d) Verwendung, wodurch die Zuschreibung auf eine sexuelle Ebene gehoben und *unmoralisches* Verhalten impliziert wird. Mittels der anschließenden Unterstellung, Renate H. habe mit *mehreren Männern* geschlechtlich verkehrt, scheint die Annahme bestätigt zu werden. Uneheliche Frauen wurden häufig des Sex‘ mit mehreren Männern bezichtigt, vor allem im Zuge von Vaterschaftsprozessen (vgl. Buske 2002:325). Dies lässt sich damit auch anhand dieses Zitates beobachten. In weiterer Folge der Wiederaufnahmsklage werden die Angaben des Zeugen präziser, indem er zwei Männer namentlich nennt, mit welchen Renate H. Geschlechtsverkehr gehabt haben soll.⁶⁰ Im deutschen Recht konnte nach §1717 BGB⁶¹ eine sogenannte *Einrede des Mehrverkehrs* zur Vaterschaftsaberkennung sowie einer Unterhaltsbefreiung führen, wenn genannte Zeugen die sexuelle Beziehung innerhalb der kritischen Zeit bestätigten (vgl. Buske 2002:325). In Österreich war dies nur in Ausnahmefällen gegeben, beispielsweise wenn es sich um das Kind einer deutschen Mutter und eines österreichischen Vaters handelte (vgl. RIS 2024). Dennoch wurden die beiden genannten Zeugen zu einer nächsten Tagsatzung geladen. Renate H. gab hingegen bereits bei der Einvernehmung 1952 an, dass es sich um ihren ersten Geschlechtsverkehr gehandelt habe.⁶²

⁵⁸ Ebd.:4.

⁵⁹ Quelle 7:3.

⁶⁰ Vgl. Ebd.:3.

⁶¹ Vgl. Reichsgesetzblatt vom 18. August 1896, Bürgerliches Gesetzbuch S.195, in Kraft seit 01.01.1900, §1717, idF BGB 21/1896.

⁶² Vgl. Quelle 4:1.

Die *unmoralischen* Zuschreibungen einer unehelichen Mutter hatten auch große Auswirkungen auf das familiäre und gesellschaftliche Umfeld. Bei der zweiten Eintragung auf Theodors Mündelkarte im Jahr 1952, notiert die Fürsorgerin:

„m.gr.M.⁶³ will KM mit Kd.⁶⁴ verstoßen [...], sieht nicht ein, daß sie verpflichtet ist, Kd. zu erhalten, will es der „Fürsorge“ übergeben.“⁶⁵

Das Wort *verstoßen* lässt darauf schließen, dass Theodors Großmutter aus nicht angeführten, persönlichen Gründen ihn und seine Mutter nicht bei sich haben möchte. Die Fürsorgerin führt keine Namen an, spart in weiterer Folge der Aussage jeweils das Subjekt aus, beginnt die Sätze mit dem Verb und verwendet Abkürzungen, wodurch der Eindruck gewonnen wird, es knapp halten zu wollen. Dem Kind und der Kindesmutter werden keine Artikel gegeben, wodurch eine sprachliche Objektivierung und Versachlichung einhergehen. Bechter et al. stellten im Rahmen ihrer Aktenuntersuchungen ähnliche Schreibschemen der Fürsorgerinnen fest und bezeichnen dies als langfristig festgeschriebene Stigmatisierung (vgl. Bechter et al. 2015:138). Während zu Beginn auf Mutter und Kind Bezug genommen wird, deutet das es am Ende des Eintrags darauf hin, dass die Großmutter allem voran das Kind abgeben möchte. Durch die Geburt eines unehelichen Kindes und der damit einhergehenden Kontrolle der zuständigen Fürsorge fand eine Stigmatisierung der gesamten mütterlichen Familie statt (vgl. Bechter et al. 2013:136). Die Herabwürdigung der unehelichen Mutter erstreckte sich demnach über die gesamte Familie, wodurch das Handeln von Renates Mutter womöglich auf eine Form des Selbstschutzes zurückzuführen ist, um der gesellschaftlichen Norm einer bürgerlichen Familie nicht zu widersprechen. Weiters bestand im Nachkriegs-Österreich die länderweite Meinung, dass Unehelichkeit ein ungeordnetes Familienleben bedeute und eine größere Anfälligkeit der Jugendverwahrlosung mit sich bringe (vgl. Ralser et al. 2015:157). Diese eingeschriebene Wirklichkeit, wie eine bürgerliche, sittliche Familie auszusehen habe, wird durch schriftliche Aussprachen der Fürsorgerinnen laufend reproduziert. So lautet die Dokumentation einer Fürsorgerin im Februar 1953:

„Die Pflege des Kindes ist nicht gut, die KM schämt sich, dass sie ein a.e. Kind hat“⁶⁶

Es wird in dieser Eintragung weder genauer darauf eingegangen, was unter *nicht gut* zu verstehen ist, noch, wie es zu der Annahme kommt, die Kindesmutter würde sich *schämen*. Ob Renate H. dies nun explizit geäußert hat, oder ihr dies von der Fürsorgerin zugeschrieben wird, lässt sich nicht ermitteln. Die Aussage impliziert jedoch ebendiese Normvorstellung einer ehelichen Familie, welcher eine uneheliche Mutter nicht gerecht wird. Nachdem die erarbeiteten Richtlinien eines geschlechtergleichen Ehe- und Familienrechts des Justizministers Otto Tschadek im Jahr 1951 auf große Ablehnung der anderen Parteien stieß (vgl. Niederkofler 2009:116), waren zum Zeitpunkt dieses Eintrags uneheliche Kinder und Mütter den ehelichen weiterhin nicht nur gesellschaftlich, sondern auch gesetzlich benachteiligt. Bechter et al. sprechen in diesem Zusammenhang von der gesellschaftlichen Degradierung unehelicher Mütter zu „Müttern zweiter Klasse“ (Bechter et al. 2013:139). Bis zu Theodors Volljährigkeit wird sich gesetzlich und politisch diesbezüglich wenig ändern. Nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz 1954 wurden unter Erziehungsberechtigten die Eltern,

⁶³ *mütterliche Großmutter*

⁶⁴ *Kind*

⁶⁵ Quelle 2:1.

⁶⁶ Quelle 5.

Waheltern und der Vormund des Kindes gezählt, wobei dies jeweils nach bürgerlichem Recht geregelt war.⁶⁷ Das Erziehungsrecht ist hierbei nicht mit der Vormundschaft zu verwechseln, welche bei unehelichen Kindern der Bezirksverwaltungsbehörde oblag.⁶⁸ In diesem Falle verfügten uneheliche Väter ausschließlich dann über Erziehungsrechte, wenn sie an der Pflege des Kindes beteiligt waren⁶⁹. Trotz der Ungleichstellung unehelicher Kinder gegenüber ehelichen, stand diesen das Recht einer gebührenden Verpflegung zu (vgl. Ralser et al. 2015:52). Nachdem Fürsorgerinnen im Rahmen der Amtsvormundschaft Unterhaltsklagen einreichen konnten⁷⁰, finden sich in den Dokumentationen in Theodors Mündelakte zahlreiche Vermerke zu ausstehenden Alimente-Zahlungen des unehelichen Kindesvaters. Uneheliche Mütter waren in diesem Fall von der Tätigkeit der Fürsorgerinnen abhängig, da diese für die Einholung der Alimente sowie die Vermögensverwaltung des Kindes zuständig waren (vgl. Graf 2019:67). Auch in Deutschland hatten unverheiratete Mütter nicht das Recht, die Alimente selbst einzufordern (vgl. Buske 2000:52). Bedeutsam ist in diesem Fall, dass Renate H. kaum Unterhalt von Manuel W. bekam, da dieser laut Eintragungen der Fürsorgerinnen zumeist in keiner Arbeit stand⁷¹ und demnach keine weiteren Schritte gesetzt wurden. Anderen Eintragungen nach, hatte sie demzufolge nicht genügend Geld, um eine Krankenversicherung zu erhalten und mit Theodor zum Arzt zu gehen⁷². Dennoch kann keine Dokumentation gefunden werden, in welcher auf die damit einhergehende Erschwernis der Pflege und Erziehung Bezug genommen wird. Wie im obigen Zitat ersichtlich, wurde stattdessen eine unzureichende Pflege mit der Unehelichkeit der Mutter in Verbindung gebracht. Uneheliche Mütter wurden als *unsittlich* und *unmoralisch* bezeichnet, wobei diese Herabwürdigung in vielen Fällen auch auf deren uneheliche Kinder projiziert wurde (vgl. Bechter et al. 2013:137). Folgender Eintrag der Fürsorgerin in Theodors Mündelkarte im Jahre 1959 zeugt als Beispiel:

„Schulnachfrage: Sehr schlechter Schüler, hat mangelhaft [nicht leserlich], soll onanieren.

– KM. hat nicht den besten Ruf. Kind wird repetieren.“⁷³

Es wird hierbei nicht angeführt, von welcher Person diese Informationen stammen, lediglich, dass eine Nachfrage in Theodors Schule stattfand. Während zu Beginn des Eintrags eine absolute Sprachform gewählt wird, geht mit dem Wort *soll* eine angedeutete Unsicherheit einher. Somit bleibt unklar, ob es sich dabei um eine Vermutung, oder die Nacherzählung eines beobachteten Verhaltens handelt. In anderen Kontexten impliziert die Verwendung des Modalverbs *soll* eine Aufforderung, was in diesem Zusammenhang jedoch höchst unwahrscheinlich ist. Sexuell selbstbefriedigendes Verhalten wurde in der Nachkriegszeit als Charakteristikum *verwahrloster* und *entarteter*⁷⁴ unehelicher Kinder und Jugendlicher gedeutet (vgl. Ralser et al. 2015:91). Guerrini schreibt in ihren Forschungsergebnissen, dass „in den Jugendfürsorgeakten jede Art sexueller Erfahrung problematisiert und dramatisiert [wurde]“ (Guerrini 2020:63). Der zweite Teil des Eintrags nach dem gesetzten Gedankenstrich ist erneut aktiv und absolut formuliert. Es geht nicht hervor, ob die Zuschreibung der Mutter noch

⁶⁷ Vgl. JWG, §39, idF BGBl 99/1954.

⁶⁸ Vgl. JWG, §16, idF BGBl 99/1954.

⁶⁹ Vgl. JWG, §39, idF BGBl 99/1954.

⁷⁰ Vgl. JWG, §18, Abs. 1, idF BGBl 99/1954.

⁷¹ Vgl. Quelle 1:5.

⁷² Vgl. Quelle 5.

⁷³ Quelle 2:4.

⁷⁴ Bei diesen Bezeichnungen handelt es sich um damals geläufiges Vokabular, welches im Sinne der Authentizität in die vorliegende Arbeit übernommen wird.

im Rahmen der Schulnachfrage zu verstehen, oder dies eine Ergänzung der Fürsorgerin ist. Da jedoch keine weitere Interpunktion gesetzt ist, bevor inhaltlich erneut auf die Schulleistung des Kindes Bezug genommen wird, kommt der Einschub des mütterlichen Rufes einer Begründung des *unsittlichen* Verhaltens des Kindes gleich. Somit lässt sich hierbei erneut eine unterstellte Projektion der *Unsittlichkeit* der Mutter auf ihr Kind vermuten (vgl. Bechter et al. 2013:137).

6.4.2 „Km wirkt debil“⁷⁵ – die Zeit während der Neudurchführung des Prozesses

Im Dezember 1960 kam es in Folge der Wiederaufnahmsklage zur Neudurchführung der Verhandlung zur Vaterschaftsfeststellung. Ein Eintrag der Fürsorgerin 1961 lautet:

„KV⁷⁶ bestreitet nachträgl. Km wirkt debil. – Fast keine Alimente. Mangelhafte Erziehung und auch ihr Kd. soll unsittl. Reden führen“⁷⁷

Es wird nicht angegeben, was der Kindesvater nachträglich bestreitet. In Anbetracht der anderen Dokumente in der Mündelakte aus dieser Zeit ist jedoch mit Sicherheit zu sagen, dass es sich um die Vaterschaft handelt, welche im Juni 1960 erneut abgestritten⁷⁸ und seit August desselben Jahres wiederholt verhandelt wurde.⁷⁹ Das Wort *debil* wurde im frühen 20. Jahrhundert als Synonym einer „Form der Geistesschwäche“ (DWDS 2023b) und abwertend für die Zuschreibung einer leichten geistigen Behinderung verwendet (vgl. ebd.). In diesem Eintrag geht dem Adjektiv das Wort *wirkt* voraus, wodurch es sich um eine subjektive Einschätzung und keine medizinische Diagnose handelt. Die *mangelhafte Erziehung* wird nicht genauer ausgeführt. Erneut findet das Modalverb *soll* Eingang in die Dokumentation der Fürsorgerin, durch welches sie für die Richtigkeit der Behauptung die Verantwortung abgibt, ohne den Ursprung der Unterstellung preiszugeben. Das Wort *auch* lässt den Vorwurf des *unsittlichen Redens* neben dem Kind auch auf die Mutter schließen, die dadurch indirekt miteinbezogen bzw. als Ausgangspunkt festgemacht wird. Es finden sich keine detaillierteren Aufzeichnungen zu diesen Zuschreibungen. Ralser et al. schreiben in ihren Untersuchungen von „Psychiatisierung“ (Ralser et al. 2015:91) und „Entartungsdiagnostik“ (ebd.:91) des frühen 20. Jahrhunderts. Darunter ist die Zusammenfassung von *Symptomen* zu verstehen, welche aus Sicht der bürgerlichen Gesellschaft eine *Entartung* der Norm mit sich brachten, worunter die uneheliche Mutterschaft ebenfalls fiel (vgl. ebd.:91). So wurde auch von einer Fürsorgerin in der Zeitung *Die Furche* des Jahres 1949 geschrieben: „Mutterschaft, und zumal uneheliche Mutterschaft, ist nicht nur ein soziales, ein juristisches, sondern ein menschliches und damit vor allem ein seelisches Problem.“⁸⁰ Eine solche Pathologisierung von Seiten verschiedener amtlicher Stellen beginnt bei Renate H. während der Neudurchführung des Vaterschaftsprozesses und spitzt sich vor allem nach der Vaterschaftsaberkennung in den Folgejahren zu. Als es im März 1961 zu den Ergebnissen der Blutuntersuchung kommt und im

⁷⁵ Quelle 2:6.

⁷⁶ *Kindesvater*

⁷⁷ Quelle 2:6.

⁷⁸ Vgl. Quelle 7:2.

⁷⁹ Vgl. Quelle 8:1.

⁸⁰ *Die Furche* 1949:5.

Gutachten angeführt wird, dass Manuel W. „nicht der leibliche Vater, der Zeuger des mj.⁸¹ Kindes dieser Rechtssache sein [kann]“⁸², dokumentiert kurz darauf die Fürsorgerin:

„KM spricht vor und gibt nach eingehendster Rechtsbelehrung an, daß sie nur mit [Manuel W.] GV⁸³ hatte. [...]. KM gibt immer wieder nur an, daß das Blut [sic!] ohnehin stimmt, obwohl ihr das Blutgr.⁸⁴ [sic!] Gutachten mehrmals erklärt wurde. KM ist anscheinend nicht ganz normal, da sie, trotzdem ihr immer wieder der Sachverhalt erklärt wird, nur davon redet, man werde ja sehen was weiter sei“⁸⁵

Nach dem Gutachten des Bluttests bleiben jegliche Aussagen von Renate H. ungehört und als Unwahrheiten abgeschrieben. Das Wort *eingehendster* lässt ausgeübten Druck während der Rechtsbelehrung vermuten, welcher Renate H. dennoch nicht von ihrer Aussage, es sei ihr einziger Geschlechtsverkehr in der besagten Zeit gewesen, abbringen lässt. Auf das hinauf beschreibt die Fürsorgerin sie als *nicht ganz normal*, worauf die Frage aufkommt, was unter *normal* zu verstehen ist. In diesem Fall lässt es eine erneute Pathologisierung vermuten, mit welcher unter *normal* die bestehende psychische Gesundheit gemeint sein könnte (vgl. DWDS 2024c). Renate H. bleibt bei der von ihr beschriebenen Wahrheit, welche jedoch dem Wahrheitsverständnis ihres Gegenübers widerspricht und ihr demzufolge Handlungsmacht nimmt. In den Diskursbegriff von Michel Foucault gesetzt, lässt sich darunter die Zusammengehörigkeit im Zuge einer gemeinsamen Wahrheit verstehen, welche jede andere Wahrheit machtlos macht:

„Anscheinend ist die einzige erforderliche Bedingung die Anerkennung derselben Wahrheiten und die Akzeptierung einer – mehr oder weniger strengen – Regel der Übereinstimmung mit den für gültig erklärten Diskursen“ (Foucault 2001:28f.)

Indem der Großteil von Renates Umfeld eine gemeinsame Wahrheit vertritt und akzeptiert, wird ihr die Unglaubwürdigkeit im Alleinstellungsmerkmal ihrer Ansichten zugeschrieben. Somit werden Begründungen und Kritiken, die zu ihren Gunsten ausgesprochen werden, keine Glaubwürdigkeit zugesprochen. In der darauffolgenden Berufung Seitens des Jugendamtes im Namen von Theodor, wird mit Bezugnahme auf §163 ABGB⁸⁶ darauf hingewiesen, dass die angegebenen Blutfaktoren des Gutachtens keiner geeigneten und schlüssigen Widerlegung der Vaterschaftsfeststellung entsprechen und demnach die Einholung eines zweiten Blut-Gutachtens beantragt werde.⁸⁷ Dieser kritischen Äußerung wird kein Gehör geschenkt und der Antrag ebenfalls abgelehnt.⁸⁸ Einem Brief der niederösterreichischen Landesregierung an das Jugendamt S. ist bald darauf Folgendes zu entnehmen:

⁸¹ *minderjährigen*

⁸² Quelle 10:1.

⁸³ *Geschlechtsverkehr*

⁸⁴ *Blutgruppe*

⁸⁵ NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Dokumentation der Fürsorgerin am 12.04.1961, im Folgenden Quelle 11.

⁸⁶ Zu diesem Paragraphen konnte kein Gesetzesblatt gefunden werden, sondern lediglich der Vermerk, dass dieses Gesetz bereits außer Kraft getreten ist.

⁸⁷ Vgl. Quelle 14:2.

⁸⁸ Vgl. ebd.:4.

„Die Kindesmutter muss daher noch mit einem anderen Mann verkehrt haben und wäre sie in dieser Richtung eingehendst zu befragen“⁸⁹

Die Formulierung *eingehendst zu befragen* übt erneut Druck aus, welcher sich auf die Kindesmutter beziehen lässt und kaum durch die Verwendung des Konjunktivs abgeschwächt wird. Das *Muss* betont eine Sicherheit in der Annahme, dass Renate H. bisher nicht die Wahrheit erzählt habe. Laut Buske war es eine gängige Handlungspraxis bei gerichtlichen Vaterschaftsfeststellungsprozessen, die „Ehre und Glaubwürdigkeit der Frauen in Frage zu stellen“ (Buske 2000:53). Das Verhalten von Renate H. wird von nun an den Dokumenten zufolge zunehmend pathologisiert und als Bestätigung der bisherigen Prozessergebnisse verzeichnet. Im Situationsbericht der Fürsorgerin im März 1962 steht:

„Km macht einen sehr holprigen, geistig schwachen Eindruck; sie spricht vollkommen unlogisch und schlägt gerne hysterischen Ton an. Grm⁹⁰ befürchtete schon mehrmals Ausbruch einer Psychose.“⁹¹

Mit dem Zusatz *sehr* findet eine Steigerung der nachfolgenden Zuschreibungen statt. Der psychische Zustand von Renate H. wird abgewertet und als *schwach* beschrieben, ohne dies genauer auszuführen oder zu begründen. Die Formulierung *vollkommen unlogisch* schließt jede Art der Verständlichkeit aus, ohne genauer darauf einzugehen. Es wird auch nicht angegeben, zu oder mit wem die Kindesmutter spricht. Das Adverb *gern* scheint hier nicht im Sinne der „freudigen Bereitwilligkeit“ (Duden 2024a) verwendet zu werden, sondern vielmehr als umgangssprachliches Synonym für „(verhältnismäßig) schnell“ (ebd.) Anwendung zu finden. Damit geht eine Abwertung einher, welche der Mutter ihre Ernsthaftigkeit und Selbstbestimmtheit abzusprechen scheint. Als *hysterisch* werden in der Zeit der 1950er und 1960er unter anderem Personen beschrieben,

„die eine labile und reizbare, auch oberflächliche Affektivität zeigen, deren dramatisches, Aufmerksamkeit heischendes, theatralisches Verhalten bis hin zu den Extremen des Lügens und der Pseudologie gehen kann“ (vgl. Zaudig 2015:34).

Ob die Fürsorgerin eine solche Definition bei der Verwendung des Wortes im Sinn hatte, lässt sich nicht nachverfolgen, jedoch geht aus der Dokumentation klar hervor, dass es sich um eine negative Konnotation handelt. Der Einbezug der Großmutter mittels Anführung deren *Furcht* lässt die Fürsorgerin wiederholt in die passive Rolle schlüpfen, sodass die zuvor in absoluter Form niedergeschriebenen Zuschreibungen in die Diagnose einer anderen Person münden, ohne die Eigenverantwortung dafür übernehmen zu müssen. Im weiteren Verlauf des Situationsberichtes wird zunehmend auf die familiäre Situation Bezug genommen:

„Die Geschwister der Km sind über die Situation verärgert und genieren sich, weil so viel in der Ortschaft gesprochen wird.“⁹²

Mit *Situation* ist hierbei dem vorhergehenden Eintrag zufolge die Vaterschaftsaberkennung gemeint. Es ist nicht ersichtlich, um wie viele Geschwister es sich handelt, jedoch ist der Formulierung nach davon auszugehen, dass diese in derselben Ortschaft wie Renate H. leben.

⁸⁹ NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Brief der niederösterreichischen Landesregierung an das Jugendamt am 28.06.1961, im Folgenden Quelle 13.

⁹⁰ Großmutter

⁹¹ Quelle 15:1.

⁹² Quelle 15:1.

Die nach Theodors Geburt in der Akte präsent gehaltene familiäre Situation aufgrund der unehelichen Mutterschaft wird nun erneut in den Dokumentationen thematisiert. Indem vom *Genieren* der Geschwister gesprochen wird, findet eine Abwendung der herausfordernden Lage der Mutter und eine Hinwendung zum daraus entspringenden familiären *Problem* statt. Das normierte Bild einer bürgerlichen Familie wird erneut zerrüttet, indem die Kindesmutter als Lügnerin angeprangert wird. „Väterliche Autorität erschien als Garant von Sicherheit und Stabilisierung“ (Buske 2000:51), welche nun durch den Wegfall des unehelichen Vaters nicht einmal mehr erhofft werden kann. Renate H. war den gesellschaftlichen Wertvorstellungen der 50er und 60er Jahre zufolge „in der öffentlichen Debatte als eine Störung der gesellschaftlichen Ordnung und als Gefahr für die Institution Familie“ (ebd.:51) anzusehen. Im Rahmen des Diskursbegriffes von Foucault lässt sich eine Brücke zu dessen Beschreibung der Bedeutsamkeit von Ritualen schlagen. Dafür soll jedoch der Ritual-Begriff gedanklich durch jenen der Norm ersetzt werden, um folgendes Zitat in Anbetracht der Wertvorstellungen jener untersuchten Zeit heranziehen zu können:

„Die religiösen, gerichtlichen, therapeutischen Diskurse, und zum Teil auch die politischen, sind von dem Einsatz eines Rituals kaum zu trennen, welches für die sprechenden Subjekte sowohl die besonderen Eigenschaften wie die allgemein anerkannten Rollen bestimmt.“ (Foucault 2001:27).

Die konstruierte normhafte und wertgetragene Wirklichkeit der 1950er und 1960er Jahre schrieb sich in jede Form des gesellschaftlichen Diskurses ein. Weshalb dieses Zitat von Foucault zutreffend erscheint, ist die Hypothese, dass sich festgelegte Normen in weitgreifenden Bereichen – im Kontext dieser Fallbearbeitung vor allem im religiösen, gerichtlichen und politischen Aspekt – festschreiben und die Wahrnehmung und Erwartungshaltung daraus entstehender Rollenbilder beeinflussen. In Bezug auf Renate H. fällt diese aufgrund ihrer unehelichen, alleinstehenden Mutterschaft aus jeglichen Wertvorstellungen, wodurch ihr von ihrem sozialen Umfeld, dem Gericht und der Politik die normabweichenden Rollencharakterisierungen zugeordnet werden.

6.4.3 „KM ist vollkommen asozial“⁹³ – die Zeit nach der Vaterschaftsaberkennung

Die pathologisierenden, normabweichenden Charakterisierungen, welche in Anbetracht anderer bisher mehrmals herangezogener Forschungsergebnisse unehelichen Müttern weitgreifend unterstellt wurden, bleiben auch nach der Vaterschaftsaberkennung nicht aus. Gegen Renate H. wird wegen Falschaussage Klage erhoben. Einer Dokumentation der Fürsorgerin zufolge, bleibt sie auch Ende 1962 bei ihrer Aussage, in der kritischen Zeit 1951 mit keinem anderen Mann als Manuel W. Geschlechtsverkehr gehabt zu haben.⁹⁴ Weiters wird im Dezember 1962 dokumentiert:

„KM unmöglich; erhielt bedingte Strafe wegen falscher Zeugenaussage; ist triebhaft; Familie hält dauernd ihr Verhalten vor. KM fleißige Arbeiterin.“⁹⁵

⁹³ Quelle 2:9.

⁹⁴ Vgl. NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Dokumentation der Fürsorgerin am 19.09.1962, im Folgenden Quelle 16.

⁹⁵ Quelle 2:7f.

Aus der Eintragung geht nicht hervor, worauf sich die Zuschreibung *unmöglich* bezieht, auch wird dem Wort kein Verb vorangestellt, wodurch eine Objektivierung der Person einhergeht. Das Strafurteil wird anschließend angeführt, wodurch darauf schließen lässt, dass dieses ein Mitgrund für den wertenden Vorwurf sein könnte. Sogleich wechselt die Fürsorgerin von der faktenbasierten Sachebene zurück auf die Verhaltensebene, wobei sie nun lediglich das Verb anführt, und das Subjekt ausspart. Das Adjektiv *triebhaft* wird laut Duden als „einem Trieb folgend [und daher nicht vom Verstand kontrolliert]“ (Duden 2024c) definiert. Demnach geht mit der Aussage ein zugeschriebener Kontrollverlust einher, der eine psychische Entscheidungsmacht abspricht. Weiters könnte damit die *sexuelle Triebhaftigkeit* angedeutet sein, welche laut Buske unehelichen Müttern häufig unterstellt wurde (vgl. Buske 2000:49). Es wird nicht angegeben, wem die Familie das Verhalten der Kindesmutter vorhält. Es könnte sich dabei um Renate H. selbst oder um die Fürsorgerin handeln. Die Beschreibung der Mutter als *fleißige Arbeiterin* birgt einen Widerspruch zum Beginn des Eintrags. Weiters geht nicht hervor, ob es sich dabei um die Beurteilung der Fürsorgerin oder die Dokumentation einer Erzählung handelt. Der Bezug auf die Arbeitsmoral der unehelichen Mutter wiederholt sich mehrmals in der Mündelkarte. Zumeist folgt dieser jedoch auf negative und abwertende Zuschreibungen. So lautet ein Eintrag im Mai 1964:

„KM ist vollkommen asozial in ihrem Benehmen, ist gleichgültig laut Gemeinde aber brave Arbeiterin.“⁹⁶

Die Bezeichnung *asozial* wurde zu Zeiten des Nationalsozialismus Menschen zugeschrieben, welche von der Volksgemeinschaft verstoßen, vertrieben, verfolgt und auch ermordet wurden (vgl. DWDS 2024a). Es wird weiters als gemeinschaftsschädigend sowie als den „Vorstellungen, Normen und Regeln der Mehrheitsgesellschaft [...] nicht entsprechend“ (ebd.) definiert. Mit *vollkommen* findet eine graduelle Stufung ihren Höhepunkt. Dieser abwertenden Zuschreibung folgt die Formulierung *brave Arbeiterin* nach Angabe der Gemeinde, wobei hier keine expliziten Personen genannt werden. Dies beinhaltet einen Widerspruch zu der anfänglichen Zuschreibung sie sei *asozial* und *gleichgültig*, da Renate H. demnach einen beachteten Beitrag in der Gemeinschaft leistet, welcher auch als solches rückgemeldet zu werden scheint.

1964 kommt es zu einem erneuten Klagebegehren, im Zuge dessen Richard T. als möglicher Kindesvater vernommen wird, nachdem dieser im Rahmen des Strafverfahrens 1962 gegen Renate H. aussagte, mit ihr vor Manuel W. geschlechtlich verkehrt zu haben.⁹⁷ Er bestreitet jedoch, der Vater des Kindes zu sein.⁹⁸ Die Tatsache dieser den ursprünglichen Vater bestätigenden Zeugenaussage im Jahre 1962 erinnert an die bereits erwähnte *Mehrverkehrseinrede*, welche in Deutschland häufige Umsetzung fand (vgl. Buske 2002:325). Der Frau zu unterstellen, mit mehreren Männern gleichzeitig eine geschlechtliche Beziehung zu führen, wurde bereits als manipulative Praktik vor Gericht angeführt (vgl. Buske 2000:53), jedoch kam es in diesem Fall zu einem Klagebegehren Seitens der betroffenen unehelichen Frau. Die Überlegung, dass es sich hierbei um eine weitere Taktik im Gerichtsprozess, jedoch in diesem Fall zum Wohle der benachteiligten, unehelichen Mutter handeln könnte, befindet sich im Raume eigener Spekulationen. Dennoch soll sie hier Anführung finden. Das

⁹⁶ Quelle 2:9.

⁹⁷ Vgl. Quelle 20:3.

⁹⁸ Vgl. Quelle 19:2.

Jugendamt S. reichte auf die Abweisung der Vaterschaftsklage im September 1964 Berufung bezüglich der Vaterschaft und der Unterhaltsleistungen im November desselben Jahres ein.⁹⁹ Darin wird angegeben, dass Richard T. in den bisherigen Verfahren jeweils einen anderen Zeitraum angegeben habe, in welchem der Geschlechtsverkehr stattgefunden haben soll. In der zu diesem Zeitpunkt aktuellen Befragung habe er den Zeitraum auf ein anderes Jahr, nämlich 1950, verlegt. Diese widersprüchlichen Angaben werden als Begründung angeführt, der Kindesmutter mehr Glaubwürdigkeit beizumessen.¹⁰⁰ Die Berufung wird mit der Begründung, dass die Aussagen der Kindesmutter „völlig wertlos“¹⁰¹ seien, abgelehnt. Renate H. wurde daraufhin erneut wegen Falschaussage angeklagt. Buske schreibt im Rahmen ihrer Forschung: „Besonders vor Gericht hatten unverheiratete Mütter eine sehr schwache Position.“ (Buske 2000:52). Dabei ergänzt sie, dass Männer im gerichtlichen Rahmen mittels überzeugender Argumentationen die Abweisung von Vaterschaftsklagen erlangen konnten (vgl. ebd.:52). Im Falle von Renate H. zeigt sich dies nicht ausschließlich im Zuge eines Gerichtsverfahrens, sondern findet in zahlreichen Tagsatzungen und Einvernehmungen Wiederholung. Nach dem zweiten Vaterschaftsfeststellungsprozess spitzen sich die Zuschreibungen in den Dokumentationen der Fürsorgerinnen zu. So wird in einem Situationsbericht im März 1966 geschrieben:

„[Renate H.] ist eine fleißige Arbeiterin, doch gewinnt man von ihr den Eindruck, als sei sie seelisch ziemlich gestört. Sie ist unzugänglich, uneinsichtig, aufbrausend und anscheinend völlig kontaktgestört. In der Familie gilt sie als Außenseiterin; es ist nicht zu erwarten, daß Km jemals heiraten wird.“¹⁰²

Erneut wird angeführt, dass Renate H. sich positiv in ihrem Arbeitsverhalten zeigt. Mit dem Bindewort *doch* wird die Aussage indessen relativiert und von den anschließenden Zuschreibungen überschattet. In diesem Eintrag werden jegliche Zuschreibungen und Unterstellungen, die bereits im Laufe der Jahre in den Dokumentationen erkennbar waren, geballt angeführt. Erneut findet eine „Psychiatisierung“ (Ralser et al. 2015:91) statt, indem Renate H. als *seelisch ziemlich gestört* beschrieben wird. Das Wort *ziemlich* kann als Adverb im Sinne von „in verhältnismäßig hohem, großem, reichlichem o. ä. Maße“ (Duden 2024d) sowie umgangssprachlich „annähernd“ (ebd.) verstanden werden. In diesem Kontext ist von ersterem auszugehen. Das Wort *gestört* wird im umgangssprachlichen Gebrauch als Synonym für „krankhaft wirr im Denken und Handeln“ (Duden 2024b) verwendet und kommt demnach erneut einer Pathologisierung gleich. Es findet seine Wiederholung in der Zuschreibung *kontaktgestört*, wobei dies mit der Voranstellung von *völlig* eine allumfassende Beziehungsschwäche impliziert und unterstellt. Mit der Anführung des Wortes *anscheinend* könnte erneut die passive Rolleneinnahme der Fürsorgerin einhergehen, oder das eigens Erlebte indirekt angesprochen werden. Diesbezüglich werden keine genaueren Angaben gemacht. Wie es zu der Zuschreibung des Standes von Renate H. innerhalb deren Familie kommt, ist der Formulierung nicht zu entnehmen. Es könnte sich um die persönliche Wahrnehmung oder um das Wiedergeben einer Schilderung eines Familienmitglieds handeln.

⁹⁹ Vgl. Quelle 20:1.

¹⁰⁰ Vgl. ebd.:3.

¹⁰¹ Quelle 19:3.

¹⁰² NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Situationsbericht vom 21.02.1966, im Folgenden Quelle 21.

Der Eintrag schließt mit der aufzugebenden Erwartungshaltung, dass Renate H. „jemals heiraten wird“.¹⁰³ Lediglich das Eingehen einer Ehe konnte einer unehelichen Mutter die Rechte einer ehelichen Frau einbringen, wodurch die Amtsvormundschaft beendet werden konnte (vgl. Bechter et al. 2013:137). Die letzte Eintragung, welche in der Mündelkarte auf Renate H. Bezug nimmt, ist 1969 datiert:

„Er [Theodor] möchte seinen Vater kennenlernen. – (Der nicht festgestellt werden konnte, da die Mutter an Schizophrenie [sic!] erkrankt ist)“¹⁰⁴

Renate H. wird dafür verantwortlich gemacht, dass der Kindesvater nicht festgestellt werden konnte. Als Begründung wird die psychische Erkrankung Schizophrenie angegeben, worunter „grundlegende und charakteristische Störungen von Denken und Wahrnehmung sowie inadäquate oder verflachte Affekte“ (ICD-Code 2024) bezeichnet werden. Zu diesem Krankheitsbild befinden sich keine weiteren Dokumente in der Mündelakte. Im Zuge der vorangegangenen Einträge und gerichtlichen Verfahren, besteht die starke Annahme, dass es sich hierbei um keine medizinische Diagnose, sondern das Beispiel eines Höhepunktes der Pathologisierung unehelicher Mütter handelt.

¹⁰³ Vgl. Quelle 21.

¹⁰⁴ Quelle 2:16.

7 Resümee und Ausblick

Die Forschungsfrage, welchen Umgang eine uneheliche Mutter zwischen den 1950er und 1960er Jahren in Niederösterreich während eines Vaterschaftsaberkennungs-Prozesses erfuhr, ließ sich auf mehreren Ebenen untersuchen. Sowohl von Seiten des Jugendamtes und der Justiz als auch der Familie ließen sich abwertende Umgangsformen gegenüber der unehelichen Mutter feststellen. Dabei wurde die Erkenntnis gewonnen, dass die Zuschreibungen und Stigmatisierungen von Renate H. vor allem ab der Wiederaufnahmeklage und darauffolgenden Vaterschaftsaberkennung zunahmen und sich vermehrt in Form von Pathologisierungen zeigten. Dies lässt eine Brücke zu Michaela Ralser et al. schlagen, welche im Zuge ihrer Forschungen von einer „Psychiatisierung“ (Ralser et al. 2015:91) und „Entartungsdiagnostik“ (ebd.:91) des frühen 20. Jahrhunderts gegenüber unverheirateten Müttern sprechen (vgl. ebd.:91). Renate H. stieß aufgrund ihrer unehelichen Mutterschaft sowohl in ihrer Familie als auch in ihrem sozialen Umfeld sowie vor dem Gesetz auf starke Ablehnung und Stigmatisierung. Den Eintragungen der Fürsorgerinnen zufolge, wurde ihr von Seiten des Amtes seit Theodors Geburt unmoralisches und verantwortungsloses Verhalten zugeschrieben, welches zunehmend mit ihrer Unehelichkeit in Verbindung gebracht wurde. In diesem Zusammenhang finden sich Parallelen zu den Forschungsergebnissen von Bechter et al., die gleichfalls von „gesellschaftlicher Degradierung“ (Bechter et al. 2013:137) unehelicher Mütter schreiben (vgl. ebd.:137). Auch die „zweckorientierte Objektivierung“ (ebd.:19) konnte in Theodors Mündelakte beobachtet werden, indem sowohl er als auch seine Mutter von Fürsorgerinnen sprachlich objektiviert und degradiert wurden. Dies zeigte sich unter anderem daran, dass in der gesamten Mündelkarte Renate H. lediglich einmalig namentlich genannt und ansonsten mit der Abkürzung *KM* angeführt wurde.¹⁰⁵ Die Vergegenständlichung genannter Personen wurde auch dahingehend verdeutlicht, dass zumeist Verben oder Artikel in den Dokumentationen ausgespart werden. Auch Anneliese Bechter et al. schreiben in ihren Forschungsergebnissen davon, dass in Mündelakten nicht mehr von Subjekten sondern Objekten ausgegangen werde (vgl. Bechter et al. 2013:132). Dies zeigte sich in der untersuchten Mündelakte vor allem in den Dokumentationen der Fürsorgerinnen sowie deren Jahresberichten. Renate H. blieb bis 1964 bei ihrer Schilderung des Zustandekommens der unehelichen Schwangerschaft, wobei ihr nach dem Blut-Gutachten von Seiten des Amtes, der Justiz und ihrer Familie Unglaubwürdigkeit und Lüge unterstellt wurden. Wie auch Sybille Buske im Rahmen ihrer Forschungen feststellte, wurde im Rahmen von Vaterschaftsprozessen vor Gericht häufig die Taktik angewandt, die „Ehre und Glaubwürdigkeit der Frauen in Frage zu stellen“ (Buske 2000:53). Renate H. wurde während der Prozesse und Verhandlungen vorgeworfen, mit mehreren Männern geschlechtlich verkehrt zu haben, was in jener Zeit als *unsittlich* und *unmoralisch* beschrieben wurde (vgl. Buske 2000:49). Jegliche davon abweichende Äußerung der Kindesmutter wurde der Lüge bezichtigt. Die Widersprüche der Aussagen von Manuel W. wurden mit dem Blut-Gutachten relativiert und alsdann nicht mehr thematisiert oder hinterfragt. Renate H. wurde hingegen 1966 Schizophrenie unterstellt, die auf keinem ärztlichen Gutachten gründete.¹⁰⁶ Das Verhalten der

¹⁰⁵ Vgl. Quelle 2.

¹⁰⁶ Vgl. Quelle 2:16.

Familienangehörigen von Renate H. ließ sich ausschließlich anhand der Fürsorgerinnen-Eintragungen rekonstruieren. Diese dokumentierten vermehrt, dass die Angehörigen enttäuscht und beschämt von der Unehelichkeit der Kindesmutter wären. In diesem Zusammenhang wurde auch angeführt, dass die Scham der Geschwister damit in Verbindung stand, dass „so viel in der Ortschaft gesprochen [wurde].“¹⁰⁷ Das Forschungsergebnis von Bechter et al., dass durch die Geburt eines unehelichen Kindes und der damit einhergehenden Kontrolle des zuständigen Jugendamtes eine Stigmatisierung der gesamten mütterlichen Familie stattfand (vgl. Bechter et al. 2013:136), ließ sich auch in dieser Case Study erahnen. Da jedoch in keinem Dokument Befragungen von Familienangehörigen protokolliert wurden, gründet diese Annahme ausschließlich in den Dokumentationen der Fürsorgerinnen. In der Ähnlichkeit und den Parallelen der Forschungsergebnisse von untersuchten Mündelakten lässt sich feststellen, dass die Wertvorstellungen der Nachkriegszeit einen großen Einfluss auf die Handhabe der Fürsorgerinnen und der Gerichte hatten. Sowohl die Untersuchungen in Deutschland als auch jene in Österreich bezeugen, dass uneheliche Mütter degradiert, stigmatisiert und pathologisiert wurden. Dies konnte auch anhand der vorliegenden Case Study festgestellt werden. Die Vorgänge und Handlungsschritte im Rahmen von Vaterschaftsfeststellungs- und -aberkennungsprozessen wurden in Österreich noch kaum erforscht und untersucht. Ob noch in weiteren Mündelakten eine Steigerung und Intensivierung der negativen Zuschreibungen und Pathologisierungen unehelicher Mütter erkennbar ist, bleibt demnach offen. Die vorliegende Bachelorarbeit versucht in diesem Sinne einen Anstoß zu geben, diesen Bereich unserer Geschichte näher in den Blick der Forschung zu rücken. Damit könnte erreicht werden, die Auswirkungen bisheriger Gesetzesänderungen und Normvorschriften besser nachvollziehbar und historisch einordbar zu machen. Mit Blick auf den Umgang mit unehelichen Müttern vor, während und nach benannter Gerichtsprozesse würde weiters ein Beitrag in feministischer Forschung und Aufklärungsarbeit geleistet werden. Für die Soziale Arbeit sind Untersuchungen wie diese dahingehend relevant, dass aus den Fehlern von damals gelernt und eine Verbesserung der Unterstützungssysteme weiter angestrebt werden kann. Es ist erkennbar, dass sich bis heute bereits vieles zum Positiven verändert hat, jedoch bleibt noch Platz nach oben. Alleinerziehende Mütter sind auch heute noch struktureller Diskriminierung und Degradierung ausgesetzt, selbst wenn die Rolle der Ehelichkeit mittlerweile einen geringeren Stellenwert hat. Forschungen wie jene der vorliegenden Bachelorarbeit sowie der darin genannten und zitierten bereits durchgeführten Untersuchungen in Österreich und Deutschland können zu einer Verbesserung der noch bestehenden Geschlechterungerechtigkeit beitragen.

¹⁰⁷ Quelle 15:1.

Literatur

Bechter, Anneliese / Guerrini, Flavia / Ralser, Michaela (2013): Das proletarische Kind und seine uneheliche Mutter als Objekte öffentlicher Erziehung. Zum Fürsorgeerziehungsregime im Tirol der 1960er- und beginnenden 1970er-Jahre. In: Wolf, Maria A. / Dietrich-Daum, Elisabeth / Fleischer, Eva / Heidegger, Maria (Hg*in) (2013): Child Care. Kulturen, Konzepte und Politiken der Fremdbetreuung von Kindern. Weinheim / Basel: Beltz Juventa, S. 132-146.

BiografiA (o.A.): Motzko Alma. Parteifunktionärin und Gemeinderätin. <http://www.biografia.at> [10.04.2024].

Breuer, Franz / Muckel, Petra / Dieris, Barbara (2019): Reflexive Grounded Theory. Eine Einführung für die Forschungspraxis. 4. Auflage, Oldenburg: Springer VS.

Buske, Sybille (2002): Die Debatte über "Unehelichkeit". In: Herbert, Ulrich (Hg*in): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945 - 1980. Göttingen: Wallstein Verlag, S. 315-347.

Buske, Sybille (2000): „Fräulein Mutter“ vor dem Richterstuhl. Der Wandel der öffentlichen Wahrnehmung und rechtlichen Stellung lediger Mütter in der Bundesrepublik 1948 bis 1970“. WerkstattGeschichte, 27/2000, S.48–67.

Duden (2024a): gern, auch, besonders süddeutsch: gerne. <https://www.duden.de/rechtschreibung/gern> [07.03.2024].

Duden (2024b): gestört. <https://www.duden.de/rechtschreibung/gestoert> [07.03.2024].

Duden (2024c): triebhaft. <https://www.duden.de/rechtschreibung/triebhaft> [07.03.2024].

Duden (2024d): ziemlich. https://www.duden.de/rechtschreibung/ziemlich_relativ_vergleichsweise [07.03.2024].

DWDS – Der deutsche Wortschatz von 1600 bis heute (2024a): asozial. <https://www.dwds.de/wb/asozial> [07.03.2024].

DWDS – Der deutsche Wortschatz von 1600 bis heute (2023a): Fensterln. <https://www.dwds.de/wb/fensterln> [06.03.2024].

DWDS – Der deutsche Wortschatz von 1600 bis heute (2023b): debil. <https://www.dwds.de/wb/debil> [07.03.2024].

DWDA – Der deutsche Wortschatz von 1600 bis heute (2024c): normal.
<https://www.dwds.de/wb/normal> [11.03.2024].

DWDA – Der deutsche Wortschatz von 1600 bis heute (2024d): locker.
<https://www.dwds.de/wb/locker> [11.03.2024].

Foucault, Michel (2001): Die Ordnung des Diskurses. Aus dem Französischen von Walter Seitter. 8. Aufl., Frankfurt am Main: Fischer Wissenschaft.

Fust, Philipp (2019): Wissensoziologische Diskursanalyse und Computerspielanalyse: Ein semiotisches Problem. In: Keller, Reiner / Bosančić, Saša (Hg*in): Diskursive Konstruktionen. Kritik, Materialität und Subjektivierung in der wissensoziologischen Diskursforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 245-263.

Graf, Heidemarie (2019): Unser Kind! 100 Jahre Kinder- und Jugendhilfe OÖ. Soziale Fürsorge und Kinderschutz im Wandel der Zeiten. Kinder- und Jugendhilfe Oberösterreich [Herausgebendes Organ], Linz: Gutenberg-Werbering GmbH.

Guerrini, Flaavia (2020): Über Sexualität sprechen, über Gewalt schweigen. Dethematisierung sexueller Gewalt in jugendamtsinternen Sittlichkeitsdiskursen (1945-1960). In: Windheuser, Jeannette / Kleinau, Elke [Hg:innen.): Generation und Sexualität. Opladen/Berlin/Toronto: Julius Klinkhardt, S. 51-67.

ICD-Code (2024): F20.- Schizophrenie. <https://www.icd-code.de/icd/code/F20.-.html> [20.03.2024].

Land Salzburg – Abteilung für Soziales (2021): Eltern und Kind. Rechtsinformation. Tipps. Adressen.
https://www.salzburg.gv.at/soziales_/Documents/210614%20Eltern_Kind_Rechtsinformationer_Web.pdf [07.02.2024].

Müller-Behme, Patrik (2019): „Sie hielt es nirgends lange aus“. Geschlecht und Konstruktionen von deviantem Arbeitsverhalten. In: Mechthild Bereswill (Hg*in): Geschlecht als sensibilisierendes Konzept. Weinheim / Basel: Beltz Juventa, S. 87-101.

Niederkofler, Heidi (2009): Die Krux mit der Gleichheit. Diskussionen um Geschlechtergleichheit im österreichischen Familienrecht der 1950er Jahre. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften, Ehe.Norm, Bd. 20 3/2009, S. 108-133.

Österreichs Digitales Amt (2023a): Obsorge.
https://www.oesterreich.gv.at/themen/familie_und_partnerschaft/partnerschaft-und-ehe/lebensgemeinschaften/1/Seite.580032.html [06.02.2024].

Pinchuk, Elena (2018): Die Beurteilung von Geschwisterwahrscheinlichkeiten in der rechtsmedizinischen Praxis. Inauguraldissertation, Medizinischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

PTA-Forum (2023): Den Zyklus leben statt steuern. <https://ptaforum.pharmazeutische-zeitung.de/den-zyklus-leben-statt-steuern-139816/> [06.03.2024].

Ralser, Michaela / Bischoff, Nora / Guerrini, Flavia / Jost, Christine / Leitner, Ulrich / Reiterer, Martina (2015): Das System der Fürsorgeerziehung. Zur Genese, Praxis und Transformation der Jugendfürsorge und der Landeserziehungsheime in Tirol und Vorarlberg. Forschungsbericht. Innsbruck: Institut für Erziehungswissenschaft.

RIS – Rechtsinformationssystem des Bundes (2024): Justiz. 1Ob66/48. https://www.ris.bka.gv.at/JustizEntscheidung.wxe?Abfrage=Justiz&Dokumentnummer=JJT_19480303_OGH0002_0010OB00066_4800000_000&IncludeSelf=True [07.03.2024].

Wien Geschichte Wiki (2021): Fürsorgerin. Stadt Wien. <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Fürsorgerin> [24.02.2024].

Wolfgruber, Gudrun (2017): Ideale und Realitäten 1917-2017. 100 Jahre Wiener Jugendamt. Wien: MAG 11.

Zaft, Matthias (2011): Der erzählte Zögling. Narrative in den Akten der deutschen Fürsorgeerziehung. Histoire Band 24, Bielefeld: transcript.

Zaudig, Michael (2015): Entwicklung des Hysteriekonzepts und Diagnostik in ICD und DSM bis DSM-5. Development of the Concept of Hysteria towards DSM-5 and ICD-10. Psychotherapie 20/1, München: CIP-Medien, <https://sbt-in-berlin.de/cip-medien/03.-Zaudig.pdf> [07.03.2024].

Daten

Bundesgesetz vom 09. April 1954, womit Grundsätze über die Mutterschafts-, Säuglings- und Jugendfürsorge aufgestellt und unmittelbar anzuwendende Vorschriften über die Jugendwohlfahrt erlassen werden (Jugendwohlfahrtsgesetz – JWG), idF BGBl 99/1954.

Die Furche (1949): Das Unehelichenproblem in Österreich. Von einer Wiener Fürsorgerin. 5/2, 08.01.1949, S. 4-5.

Motzko, Alma (1952): Zur Neuregelung des Familienrechts. Unsere Stellungnahme zu den sozialistischen „Richtlinien“. In: Wiener Neustädter Zeitung, 13/75, 29.03.1952, S.3.

Reichsgesetzblatt vom 18. August 1896, Bürgerliches Gesetzbuch, S.195, in Kraft seit 01.01.1900, idF BGB 21/1896

Quelle 1: NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Mündelkarte.

Quelle 2: ÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Mündelkarte der Fürsorgerin.

Quelle 3: NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Aufnahmeschrift der niederösterreichischen Landes- und Berufsvormundschaft am 17.4.1952.

Quelle 4: NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Aufnahmeschrift des Bezirksjugendamtes S. am 14.5.1952.

Quelle 5: NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Dokumentation der Fürsorgerin am 16.02.1953.

Quelle 6: NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Jahresbericht vom 18.07.1957.

Quelle 7: NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Wiederaufnahmsklage am 08.06.1960.

Quelle 8: NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Bewilligung der Wiederaufnahme am 02.08.1960.

Quelle 9: NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Neudurchführung der Vaterschaftsfeststellung am 05.12.1960.

Quelle 10: NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Gutachten Blutuntersuchung am 23.03.1961.

Quelle 11: NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Dokumentation der Fürsorgerin am 12.04.1961.

Quelle 12: NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Abweisung des Klagebegehrens am 02.05.1961.

Quelle 13: NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Brief der niederösterreichischen Landesregierung an das Jugendamt am 28.06.1961.

Quelle 14: NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Berufung der Vaterschaftsaberkennung o.A.1961.

Quelle 15: NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Situationsbericht vom 05.03.1962.

Quelle 16: NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Dokumentation der Fürsorgerin am 19.09.1962.

Quelle 17: NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Dokumentation der Fürsorgerin am 08.05.1964.

Quelle 18: NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Klagebegehren am 23.07.1964.

Quelle 19: NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Abweisung des Klagebegehrens am 21.09.1964.

Quelle 20: NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Berufung der Vaterschaftsaberkennung am o.A.1964.

Quelle 21: NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Abweisung der Berufung am 18.11.1964.

Quelle 21: NÖLA, BH St. Pölten, Karton 1114, Gruppe XV, Aktnr. M 35/52, Situationsbericht vom 21.02.1966.

Abkürzungen

ABGB = Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch

BH = Bezirkshauptmannschaft

Bzw. = beziehungsweise

a.e. = außerehelich

BH = Bezirkshauptmannschaft

Gr.M / Grm = Großmutter

Kd. = Kind

KM = Kindesmutter

KV = Kindesvater

Mj. = Minderjährige:r

Mtl. = Mütterlich

NÖLA = Niederösterreichisches Landesarchiv

Anhang – Kodierungstabelle (Ausschnitt)

Dokument	Quelle	Passage	Code	Memo
Mündelkarte 20.7.61	1	„Km spricht total verunsichert und hysterisch. Hat kein Interesse am Buben. Familie ist völlig aufgebracht wegen Vaterschaft vom Mj.“	Zuschreibung KM, Familie, Ehe	hysterisch -- Wortherkunft; evtl. Bezug auf Freud und Gebärmutter? Abwertung;
Mündelkarte 30.11.61	1	„Sehr schwacher Schüler, faul, schlampig. Weinerlicher Bub, gesundes Kd. Erziehungssituation sehr mangelhaft, KM macht geistig reduzierten Eindruck. Pflege in Ordnung.“	Zuschreibung KM, Zuschreibung Kind	Pathologisierung; "geistig reduziert" -- Wortherkunft anführen; für wen macht sie den Eindruck? Fürsorgerin? Andere Erzählungen? Familie? Pathologisierung
Mündelkarte 2.3.62	1	„Mj. verwöhnt. Km ist etwas gemäßigter, doch es ist kein vernünftiges Wort mit ihr zu reden. Vaterschaftsprozess wird weitergeführt. [Manuel W.] gibt Namen von in Frage kommenden Bekannten an. In der Familie deshalb enorme Unruhe, da ständig Erhebungen gepflogen werden. Mj. Grm. u. Geschwister der Km sehr ordentliche Menschen.“	Zuschreibung KM, Gericht, KV, Familie	Angaben zu Manuel W. und Prozess; geht kaum um das Kind, sondern vielmehr um KM und den Vaterschaftsprozess; Familie wird positiv dargestellt; "kein vernünftiges Wort"; Gegenüberstellung von Mutter und Familie, Pathologisierung; „enorme“ Unruhe → zeigt sich wodurch?
Mündelkarte 12.12.62	1	„KM unmöglich; erhielt bedingte Strafe wegen falscher Zeugenaussage, ist triebhaft; Familie hält dauernd ihr Verhalten vor. KM fleißige Arbeiterin.“	Zuschreibung KM, Strafe, Arbeit	"unmöglich" - was ist damit gemeint? "triebhaft" -- Wortbedeutung suchen; sie wird beurteilt und verurteilt
Mündelkarte 13.12.63	1	„Beständiger Streit und Vorwürfe gegenüber KM. KM macht abnormen Eindruck. Geht von daheim weg und bleibt eine Woche aus, gibt nicht Rechenschaft. KM seelisch und sittlich desolat; für Erziehung ungeeignet.“	Zuschreibung KM, Psyche	"abnormer" Eindruck; wer macht Vorwürfe? Wer streitet? Wem soll sie Rechenschaft geben? "seelisch und sittlich desolat"

Eidesstattliche Erklärung

Ich, **Mona Susanne Unterberger**, geboren am **18.09.1996** in **Baden bei Wien**, erkläre,

1. dass ich diese Bachelorarbeit selbstständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfen bedient habe,
2. dass ich meine Bachelorarbeit bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe,

Wien, am 21.04.2024

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Mona S. Unterberger', written in a cursive style.

Mona Susanne Unterberger